



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

N^o 73.

Sonntag den 26. März

1848.

Bekanntmachung.

Es gelangt zu unserer Kenntniß, daß in einigen ländlichen Dörfern hiesigen Regierungs-Bezirks die Bauern und andere Einwohner der Dörfer die Zahlung der Grundzinsen und anderer Abgaben und Leistungen, die sie den Grundbesitzern zu entrichten haben, seit Kurzem, auf Grund völlig irrtümlicher Annahmen und Voraussetzungen verweigern. Wir müssen vor solchen, in jeder Hinsicht unschätzbaren Verhalten mit dem Bedeuten wohlmeinend warnen, daß diejenigen, welche mit Drohungen, Gewalt oder sonst durch Hervorrufung tumultuarischer Ausfälle dergleichen unrichtig gerechtfertigte Weigerungen an die Grundbesitzer, die nach wie vor eben so wie die Staats-Abgaben pünktlich entrichtet werden müssen, durchsetzen wollen, zu gewärtigen haben, daß sie als Störer der öffentlichen Ruhe und Ordnung behandelt, und durch alle gesetzliche Zwangsmittel, nöthigenfalls durch Anwendung militärischer Hülsen, in den Weg der Ordnung und des gesetzmäßigen Verhaltens gewiesen werden.

Breslau, den 25. März 1848.

Königliche Regierung.
Abtheilung des Innern.

Zuland.

Berlin, 25. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Erblandmarschall des Fürstentums Paderborn, Kreis-Deputirten und Ritterguts-Besitzern v. Spiegel u. Spiegel, zum Landrath des Kreises Warburg im Regierungsbezirk Minden zu ernennen.

Der in den Loosen 3ter Klasse jetziger 97ster Klassen-Lotterie auf den 4. d. Mts. bezeichneter Ziehungs-Termin wird bis zum 11. April d. J. aufgeschoben, um den Spielern, welche in den unruhigen Tagen die Erneuerung ihrer Loose versäumt haben und auch in den ersten Tagen des April wegen Wohnungs-Veränderung behindert werden möchten, die Versammlung nachzuholen, zu dieser Erneuerung eine etwas geräumigere Frist zu gewähren. — Spätestens bis einen Tag vor dem neu angelegten Ziehungs-Termin mithin bis zum 10. April d. J. muß aber die Erneuerung der Lotterieloose 3ter Klasse zur Vermeidung des gesetzlichen Nachtheils unfehlbar erfolgen. — Königl. Generals-Lotterie-Direktion. Bornemann. Stieffeltius.

Angekommene: Se. Excellenz der Ober-Burggraf im Königreich Preußen, von Brünneck, von Trebnitz.

(Militär-Wochenblatt.) v. Hirschfeld, Gen.-Major u. Komdr. der 3. Ldw.-Brig., zum Komdr. der 1. Garde-Inf.-Brig. u. interim. Komdr. von Potsdam, v. Thümen, Gen.-Major u. Komdr. der 10., zum Komdr. der 5. Inf.-Brig., v. Brandt, Oberst und Chef vom Generalstab des 11. Armeekorps, zum Komdr. der 10. Inf.-Brig., v. d. Horst, Oberst u. Komdr. des 1. Inf.-Regts., zum Komdr. der 13. Inf.-Brig., v. Bonin, Oberst u. Komdr. des Kaiser Alexander Gen.-Regts., zum Komdr. der 16. Inf.-Brig., v. Corbin, Oberst u. Komdr. des 11. Inf.-Regts., zum Komdr. der 3. Ldw.-Brig., Prinz Waldemar vom Preußen k. H., zum Komdr. der 13ten Kan.-Brig., v. Carissen, Oberst u. Chef vom Generalstab des 11. Armeekorps, zum Komdr. von Danzig, v. Zollikoffer, Oberst vom 17. Inf.-Regt., zum 2. Komdr. von Torgau, Sr. Walderssee, Oberst-Lt., aggr. dem 1. Garde-Regt. 3. B. u. Komdr. des Lehr-Bat., fürs Kaiser Alexander Gen.-Regt., Hofelder, Oberst-Lt. u. Komdr. des 1. Bat. 30. Ldw.-Regts., fürs 1. Inf.-Regt., v. Heister, Oberst-Lt. vom 24. Inf.-Regt., fürs 11. Inf.-Regt., v. Trottha, Oberst-Lt. vom 25. Inf.-Regt., fürs 30. Inf.-Regt., v. Cranach, Oberst-Lt. vom 28. Inf.-Regt., fürs 40. Inf.-Regt., v. Sydow, Major vom 6. U.-R.,

fürs 1. Kür.-Regt., zu interim. Regts.-Komdr., von Dunder, Major u. Komdr. des 1. Drag.-R., zum Komdr. des 1. Kür.-Regts., v. Trottha gen. Freyden, Major vom 3. Kür.-Regt., fürs 1. Drag.-Regt., Sr. d'Hauffonville, Major vom 5. Hus.-Regt., fürs 1. Hus.-Regt., Prinz zu Solms-Braunfels, Major vom 3. Hus.-Regt., für dieses Regt., v. Nowakowski, Major vom 9. Hus.-Regt., fürs 7. Hus.-Regt., v. Mutius, Major vom 1. Kür.-Regt., fürs 8. U.-Regt., zu interim. Regts.-Komdr., Prinz von Preußen k. H., zum Milit.-Gouverneur in der Rheinprovinz und in Westfalen, und v. Wuslow, Gen.-Major u. Komdr. der 16. Inf.-Brig., zum Chef des Stabs Sr. k. H. ernannt. Meyer, Prem.-Lieut., aggr. der 3. Jäger-Abth., vom dem Komdo. als Mitgl. der Gew.-Rev.-Kom. in Reife entbunden, Morgen, Pr.-Lt. von der 1. Art.-Brig., als Mitgl. dieser Kommandant. Sr. Drilling, Major vom großen Generalstab, bei dem Milit.-Gouverneur am Rhein, Prinzen von Preußen k. H., angestellt. v. Gerlach, Gen.-Major u. Komdr. der 1. Garde-Ldw.-Brig., gestattet, das Großkreuz des k. dän. Dannebrog-Ordens zu tragen. Varro, Sec.-Lt. vom 2. Bat. 10., ins 1. Bat. 13. Regts. einr. v. Verzen, Major zur Disp., mit der Unif. des 21. Inf.-Regts. mit den vorsch. Abz. f. B., Aussicht auf Civilberuf u. seiner bish. Pension, der Abschied bew. v. Paubici, Oberst-Lt. vom 4. Inf.-Regt., als Ob.-Rst. mit der Regts.-Unif. mit den vorsch. Abz. f. B. u. Pens., der Abschied bew. — Ferner meldet dasselbe Blatt: Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht 1) dem Sec.-Lt. v. Dstrowski, vom 1. Infanterie-Regiment, für die im Sommer des Jahres 1846 mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung des Schlossleutnants Kinski zu Marienburg, vom Ertrinken in der Rogat, 2) dem Füsiliere Wichmann von demselben Regiment, für die am 2. Nov. v. J. ebenfalls mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung der Dienstmagd Schonerz zu Pillau vom Ertrinken im Hauptgraben der dortigen Festung, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen, so wie 3) den Kanonier Anspach von der 3ten Artillerie-Brigade, 4) den Stamm-Gesetzten Kraft, vom 2. Bataillon (Paderborn) des 15. Landwehr-Regiments, für das bei Rettung von Menschen vom Wasser bewiesene verdienstliche Benehmen in allerhöchstem Namen belohnen zu lassen.

* * Berlin, 24. März. Heute in der 6. Morgenstunde fand die Beerdigung von 14 Leichen der in dem letzten Kampfe so zahlreich gefallenen Militärführer auf dem Kirchhofe der Invaliden statt. Das Leichengefolge bestand größtentheils aus hiesigen Bürgern, welche sich im vornehmsten Sinne freiwillig angeschlossen hatten. Besonders zahlreich war die Bürgergarde des Schloßbezirks, unter Anführung ihres Hauptmanns, vertreten. Die am Grabe, von den Herren Predigern Ziehe und Seidig gehaltenen Reden und die kräftigen Worte des Herrn Generals von Selasinsky machten einen günstigen Eindruck auf die Gemüther der nach und nach auf etwa 2000 Personen angewachsenen Versammlung, so daß sich wohl annehmen läßt, daß die gewünschte und auch wünschenswerthe Ausöhnung zwischen dem Militär und Civil wieder eintreten dürfte, sobald man nämlich bis der Zeit überläßt und nicht, wie solches leider schon vor der Beerdigung der gefallenen Kämpfer versucht worden, zu Gefühls-Experimenten schreitet. Von den Bürgergeschützen und der neuen Bürgergarde wurden drei Gewehre-Salva gegeben. Die sämtlichen Militär-Invaliden, mehrere Reconvalescenten aus j-nem Kampfe, viele Generalstabs-Offiziere, der General von Hochstetter, welcher auch dem Leichenzuge der Bürger beigewohnt, sowie eine große Anzahl von Freiheitkämpfern aus dem Jahre 1813 und 14 hatten sich dem Zuge, welcher vom allgemeinen Garnison-Lazareth am Brandenburger

Thore aus eröffnet worden, angeschlossen. Die übrigen Militärführer sind bereits früher und zwar außerhalb beerdigt worden, weil fast jedes Regiment seine Toten mit aus Berlin genommen haben soll. — Es ist vielfältig der Wunsch ausgesprochen worden, daß das zwanzigste Landwehr-Regiment, welches vorzüglich aus Bewohnern Berlins besteht, unter Waffen treten möge, um den Wacht- und Ordnungsdienst in der Stadt mit zu übernehmen. Wie wir hören, haben sich schon eine Menge diesem Regiment Zugehörige jenen militärischen Rang, zum freiwilligen Zusammen-treten gemeldet. — Diesen Morgen waren sogar schon mehrere Hundert Mann vor dem Depot der Landwehr-Uniformen und suchten die Uebergabe derselben nach.

† Berlin, 24. März. Polizeipräsident v. Minutoli ist einstimmig zum Chef der hiesigen Bürgergarde ernannt. — Man versichert, die Chef der nach Berlin beorderten Regimenter hätten erklärt, mit ihren Soldaten nur nach Berlin zu kommen, wenn sie der König persönlich ruft. — Minister v. Auerswald und Herr v. Bränneck sind bereits gestern Abend hier angelangt. — Herr Julius giebt eine Aufklärung über seinen Auftrag in der gestrigen Zeitungsalte, der beinahe einen Tumult gegen ihn in der Stadt erregt hätte. — Die Berliner Gemeinnützige Bauergesellschaft zeigt an, daß sie, weil sie die Arbeit in vergeblich, ihr bisheriges Bureau geschlossen, aber bereits ein anderes eröffnet habe, wo sie noch Bauarbeiter plazieren könne. Im Ganzen haben die Fabriken in Wolle, Leder, Baumwolle vollauf zu thun, ebenso die Maschinenwerkstätten. — Die Deputaten zur Abhilfe der Noth richtet durch ein Plakat Folgendes an die Männer Berlins: Die Berliner Landtagsabgeordneten werden sich mit ihr in Verbindung setzen, um nach geordneter Vorlegung eures Zustandes diesen beim Landtage zu vertreten; Bürger, Meister, Gewerbetreibende, Gesellen, Tagelöhner werden zu Versammlungen in ihren Freistunden aufgefordert, zur Wahl einer Deputation, die Sprecher zu einer gm-insamen Versammlung schicken soll, welche am 26. März 2 Uhr auf dem Czergierplatze vor dem schönhauser Thor stattfinden wird. Anim, Minutoli, Raunyn, die Berliner Landtagsabgeordneten haben das für den Anfang der sozialistischen Bewegung merkwürdige Astenstück gutgeheßen, das unterzeichnet ist von: Urban, Thierarzt (einem Hauptkämpfer auf den Barrikaden), Bremer, Kleider- und Cigarrenmacher, 3 Gesellen und dem Sprecher Kleidermacher Bremer. — Etwa 30—40 der Gefallenen sind von ihren Angehörigen zur eigenen Beerdigung zurückgezogen. Heute starb ein 18. d. schwer verwundeter Handwerker. Merkwürdigerweise hat sich der Sohn aus einer der vornehmsten russischen

*) Bekanntlich ist bei der oben erwähnten Auffahrt der Zeitungshalle in Breslau durch Giacate an den Straßenecken bekannt gemacht worden. Es dürfte deshalb auch die Aufklärung des Herrn Julius in allgemeinerem Interesse darbieten. Wir sind außer Stande, beide Erratablätter der Zeitungshalle in unser Blatt aufzunehmen, wollen jedoch nachstehende Erklärung, welche den Streitpunkt bestimmt hervorhebt, mittheilen. Derselbe rührt von einem Manne her, welcher mit seiner Gesinnung stets offen hervorgetreten ist, und lautet: „Die Errata-Beilage der Berliner Zeitungshalle vom 23. März proklamirt einen Bruch zwischen der Bürgerklasse und der Arbeiterklasse, der rein aus französischen Abstractionen hervorgegangen, in Wirklichkeit aber nicht vorhanden ist. Die Zeitungshalle versichert, daß dieser Bruch vollendet sei, während Bürger und Arbeiter soeben aus einem gemeinsamen Kampfe hervorgegangen sind. Sie jetzt entgegenstellen wollen, würde nur heißen, sie einem gemeinshaftern Feinde überliefern und beiden die Früchte des Sieges zu entreißen. Das Interesse der Bürger- und der Arbeiterklasse ist in allen Fällen dasselbe, und wehe demjenigen von ihnen, die diese Gemeinsamkeit verkennen wollten. Sie würde dieses Verkennen mit ihrem Untergange bezahlen.“

Familien, die namentlich dem Kaiser persönlich nahe steht, hier mit Begeisterung für die Sache des Volkes geschlagen, und ist ernstlich verwundet worden. — Ein enthusiastisches Publikum hatte sich zu der gestrigen Veranlassung des Wilhelm Tell eingefunden. Bei den beuglichen Stellen fanden sehr charakteristische Demonstrationen statt. — Die Stadt führt äußerlich in das alte Glanz zurück, doch giebt ihr Vieles ein ganz besorgnissvolles Aussehen, b. fremd in Bezug auf frühere Straßenzustände. Das bisher ziemlich zurückgedrängte öffentliche Leben macht sich auf wunderbare Weise Luft. Die Jungen überflürmen Eimen mit Paketen, Flugblätter, politischen Gedichten; die Bäume unter den Linden sind fast bis zum Gipfel hinauf mit riesigen Anschlägen bedeckt, vor den bösen Kasernen liest man Anschläge, die Sammlungsätze der Bürgergarde betreffend; und vor der neuen Wache giebt es keine — Parade. — Der König arbeitet die Nächte hindurch mit seinen Ministern; Depeschen kommen und gehen. Die Königin ist noch immer lebend; man erfährt jetzt, daß die hohe Frau sich ihrem Gemahl in jener Schreckensnacht zu Füßen geworfen. Frau Prinzessin von Preußen ist in Weimar. Einige von den höher gestellten Generalen sollen ihren Abschied verlangt haben. — Minutoli's Kabinetminister, Ruhe, Umficht wird auch vom Hofe sehr geachtet. — Meyendorfs Abreise soll bevorstehen, ebenso die Besetzung der Gränze durch die Russen. — Eine politische Versammlung im Hotel de Russie beschloß, sich dahin zu einigen, daß eine Adresse an den König erlasse werde, welche neue Wahlen vor der Berufung des Landtages beanprucht. — Ueber den Beschloß, welche die politische Deputation aus Posen vom Könige erhalten, zirkuliren verschiedene Versionen. Der Vorschlag, das Großherzogthum abzutreten, und den Prinzen Albrecht zum Könige von Polen auszurufen, soll abgelehnt worden sein. Was man von einer polnischen Selbstständigkeit Posens unter preussischer Oberhoheit spricht — hat keinen Sinn. Mirosanski ist — dies zur Berichtigung — nach Paris abgereist, um sich dort mit der polnischen Centralisation und der preussischen Regierung Frankreichs in Verbindung zu setzen. — Die Seidenwickler sind sämmtlich an die Arbeit gegangen; 25 — 30 Pct. Arbeitsverhütung — etwa 2 1/2 Sgr. pro Elle — ist ihnen zugestanden. Aehnliche Arrangements sind mit den übrigen Arbeitern im Werke. — Die Herren Dr. Böniger, Holbein, Nobiling und noch ein Vierer sind zu Adjunkten des Chefs der Bürgergarde, des Herrn von Minutoli, ernannt. — Man spricht vom bevorstehenden Bankerottausbruch einiger großen, bedeutenden Häuser hier. — Die Kolonialwaarenhändler haben nach einer Rücksprache mit Herrn Kühne eine Stundung der Steuergüsse erhalten. Eine Prolongation der Wechsel wird gewünscht. Der Kaufmannsstand hat jetzt eine sehr schwierige Stellung. — Herr von Mantuffel hat anzeigen lassen, daß Alles, was an Kommissärenten in den militärischen Vorrathskammern noch da sei, an Widrigste vertheilt werden soll; Sonntag werden die Bäckereien des Militärs für die Armen unentgeltlich Brot liefern. Verschiedene Stadtbezirke haben bedeutende Summen zusammengefordert, um Brotmarken austheilen zu können.

In der Allgem. Preuß. Ztg. liest man: „Die Ansprache, die der Minister der geistlichen Angelegenheiten am 11ten an die Studirenden gehalten, ist durch die Zeitungen nicht genau wiedergegeben, sie lautet: „Meine Herren, Ich halte es für meine Pflicht, die akademische Jugend, welche sich in den letzten Tagen so thätig und tüchtig bewährt hat, bei Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, von den Maßregeln in Kenntniß zu setzen, welche Sr. Majestät im Sinne des Fortschritts zu nehmen gedenkt. Sr. Majestät wollen sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen. Sie wollen die Freiheit unter dem Schutze der konstitutionellen Monarchie nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland. Sie haben daher auch der schleunigen Bildung eines deutschen Parlaments anzubahnen beschlossen und werden sich auch hier an die Spitze des Fortschritts stellen. Der König rechnet dabei auf den Schutz und Willkür seines treuen Volkes, sind Sie nicht auch der Meinung, daß er es kann! Der König wird demnächst geschmückt mit den deutschen Farben in den Straßen erscheinen und rechnet darauf, daß die akademische Jugend sich um ihn schaaren werde. Meine Herren, es lebe unser wahrhaft deutscher König! Meine Herren, wir sind Sr. Majestät verantwortliche Minister, aber unsere Seele ist der Königs, der Fortschritt, die Freiheit sein Gedanke, für die Ausführung sind wir verantwortlich. Die Verantwortlichkeit der Minister hoch!“ — Der geheime Staatsminister Herr v. Auerswald hat heute die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen. — Um bei den gegenwärtigen Verhältnissen einer möglichst großen Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, sind nach sicherem Vornehmen von den Behörden mehrere bedeutende Bauausführungen sogleich eingeleitet worden. Namentlich wird der Bau eines neuen Schiffahrtskanals von Spandau nach Berlin und die Spaufrung des Weges von Berlin nach Moabit unverzüglich in Angriff genommen werden. Nicht minder werden die Arbeiten an dem neuen Berliner Kanal, so weit nur die Wasserstände es

zulassen, mit Nachdruck fortgesetzt und die Wegeanlagen dabei gleich ausgeführt werden. Auf dem sogenannten Pulvermühlens-Terrain sollen Gebäude abgetragen und das Erdreich planirt werden. Seitens der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft wird die Planting der Haidestrasse bewirkt werden und die Niederdeutsch-Märkische, so wie die Berlin-Anhaltische Eisenbahn-Gesellschaft werden auf ihren hiesigen Bahnhöfen mehrere große Werkstatts- und Schuppen-Gebäude aufzuführen lassen.

In dem heutigen Blatte der Berlinischen Nachrichten liest man: „Die die Schlosswache besetzenden Bürger entsenden täglich um 11 Uhr einen Zug, um von Sr. Majestät dem König das Loosungswort zu erhalten. Sr. Majestät ist bereits einigemal in dem Schwitzsaal, so wie in dem Garde- und Corps-Saale (den Wachtlokalen für die Studenten und die Künstler) anwesend gewesen.“

Während der Verhandlungen über die Verfassungs-Angelegenheit und das allgemeine deutsche Wahlbürgerrecht, welche die Gesellschaft im Hotel de Russie am 22. d. M. pflog, war ein großer stattlicher Mann eingetreten und hat, nachdem er längere Zeit zugehört, ums Wort. Er sei v. Sagen, Bruder des großhessischen Ministers, im Dienle des Herzogs von Nassau und ausgeandt, um für die deutsche Parlamentsfrage zu wirken. Von Dresden, wo er zuletzt in dieser Beziehung unterhandelt, hierhergekommen, finde er diese Frage in einer durchaus veränderten Lage, indem er so eben in der Allgem. Preuss. Zeitung den königl. Erlass lese, nach dem die preussischen Landesfarben aufgegeben werden und Preußen fortan in Deutschland aufgehen solle. Da von diesem Erlass die Versammlung schon vorher Kenntniß genommen, so wurde Hr. v. Sagen gebeten, über den Stand der deutschen Parlamentsfrage etwas Näheres mitzutheilen. Wir haben aus diesen Mittheilungen das Wesentlichste heraus. Zuerst habe er sich mit Baden, von wo durch Wassermann die Frage zunächst angezogen worden, in Verbindung gesetzt, sei dann nach Würtemberg, Baiern und Sachsen gegangen. Hesse-Darmstadt, Nassau und Baden seien über die Sache vollkommen einig, in Würtemberg sei nicht das geringste Hinderniß zur Realisirung des deutschen Parlaments, ja der König von Würtemberg habe, im Interesse der Förderung der deutschen Einheit und Freiheit, Neuzurenterung gemacht, die einer „vollkommenen Resignation“ gleichkäme; auch in Baiern, dessen Volk vielerlei das größte in Erhaltung der Stammeigentümlichkeit sei, herrsche doch gegenwärtig eine sehr günstige Stimmung in Betreff der deutschen Sache, und zwar gerade Seitens der ultramontanen Partei; in Sachsen endlich sei man der Sache ebenfalls sehr geneigt. So wären denn zunächst sechs deutsche Staaten für die Sache gewonnen. Es seien aber hauptsächlich vier Punkte, in Betreff deren gewissermaßen eine Resignation der Souveränitätsrechte Seitens der Fürsten eintreten müßte, um die Grundlage des neuen deutschen Staatenbundes zu gewinnen. Diese seien:

1) gemeinsame Institutionen in Betreff der geistlichen Freiheit im Innern, daher allgemeines deutsches Wahlbürgerrecht auf breiterer Grundlage, Freizügigkeit, Schwurgerichte etc.; 2) gemeinsame Gesetzgebung in Beziehung auf Handel und Gewerbe, Münze, Maß und Gewicht, Eisenbahnen etc.; 3) gemeinsame Vertretung nach Außen in Beziehung auf Gesandtschaften, die bisher mehr „Sache der Einzelheit“ der Fürsten als des Nutzens für das Land gewesen, in Betreff dessen Hr. v. Sagen auf seinen eigenen Gesandtschaftsposten hinwies, den er für Nassau an den Höfen von Haag und Brüssel bekleidet; 4) gemeinsame Militär-Verfassung, Volksbewaffnung. Hr. v. Sagen fügte hinzu, daß er hoffe — gewiß könne er es nicht sagen — daß der Schritt, den Preußen in diesem Augenblicke gethan, der Sache der deutschen Einheit förderlich sein, und mit Freude im übrigen Deutschland begrüßt werden würde. — Die Versammlung dankte Herrn v. Sagen für seine, oft durch Beifall unterbrochenen Mittheilungen; er selber erklärte, bei der Wendung, welche die innere Politik in Preußen genommen, sofort wieder nach Dresden zurückkehren zu wollen.

Morgen, am 25ten, findet eine Stadtverordneten-Versammlung statt, in welcher der Antrag des Herrn Mertens beraten werden soll. — Dieser Antrag geht dahin: „In Ermägung, daß der jetzige Zustand der Hauptstadt die sofortige Zusammenberufung einer neuen Stadtverordneten-Versammlung nöthig macht und daß diese Versammlung geeignet sei, eine möglichste Annäherung aller jetzt thätigen Parteien herbeizuführen, wird folgender Wahlmodus in Vorschlag gebracht: 1) Jeder unbesoldete Bürger ist Wähler und wählbar. 2) Jeder selbstständige unbesoldete sogenannte Schutzwermante ist wählbar. 3) Der Gewählte kann in jedem beliebigen Bezirke genommen werden. Ad 2. Die Kategorie der Schutzwermanten könnte vielleicht noch auf eine enger bestimmte Kategorie der Capocität beschränkt werden. Da es unumgänglich nöthig ist, die Wahlen so schnell als möglich zu vollziehen, so ist es nicht zulässig, einen Wahlmodus auf breiterer Basis für diesmal in Anwendung zu bring-

gen. — 1 Uhr. So eben hören wir, daß der Magistrat die oben genannten Anträge des Herrn Mertens verworfen hat. — In der am Dienstag, dem 25ten, stattfindenden Bürgerversammlung (Lokal Urania in der Kommandantenstraße) werden über die Anträge Beratungen stattfinden. (Z. H.)

Auf gestern Abend 8 Uhr war eine Volksversammlung zu den Zelten berufen worden, um sich darüber zu verständigen, daß der König gebeten werde, den Landtag nicht einzuberufen, vielmehr sofort ein auf unbeschränkter Wahlberechtigung beruhendes Wahlgesetz zu erlassen, und einem auf Grund desselben gewählten wahrhaften Landtage den Vorschlag zu der versprochenen, auf den breitesten Grundlagen beruhenden neuen Constitution zu unterbreiten. — Viele Drucker hatten sich geweigert, die Anzeige als Maueranschlag zu drucken, weshalb dies unterbleiben mußte, und die Versammlung verhältnißmäßig nur Wenigen bekannt wurde. Ein Bezirksvorsteher hatte dagegen eine Aufforderung an die Mauern schlagen lassen und dazu bereitwillige Drucker gefunden, des Inhalts: Die guten Bürger möchten sich an die Zelte begeben, um eine solche Beschlusnahme, wie die beabsichtigte, zu verhindern. — Dieser Ermahnung schienen Viele entsprochen zu haben, denn als wir an dem Orte der Versammlung ankamen, sprachen bereits Redner unter lauter Bewillkürte Einzelner von dem Landtage, als unsern gesetzlichen Organen, auf welche man vertrauen müsse; es trat ein sogenannter Arbeiter auf, der die höchste Pflicht und Lust des Arbeiters in der Ruhe und in dem Vertrauen finden wollte. — Die Leute sagten, sie wären hinter den Barrikaden gewesen; daß sie hinter der Zeit der Barrikaden wären, wurde Jedem klar. — Endlich traten die Redner der entgegengelegten Ansicht auf, und dominierten, trotz der böswilligen Unterbrechungen, die Versammlung, die damit endete, daß die oben genannte Bitte genehmigt, die Herren Dr. Gutzkow, Dr. Oppenheim und Assessor Jung mit Abfassung der Petition und Beförderung derselben an den König beauftragt wurden. Von dem Inhalte der Reden nur kurz Folgendes: Niemand widerspricht, daß ein allgemeines Wahlgesetz, wonach jeder Preuss. Wähler und wählbar wird, noch thue; die Einen sagten nur: Jetzt vor allen Dingen Ruhe und Vertrauen in unsere gesetzmäßigen Vertreter. Die Andern sagten: Warum habt Ihr denn gekämpft, wenn Ruhe und Vertrauen eure einzigen Motte's sind? Wie wollt ihr noch auf euren alten sentimentalen Redensarten bestehen, wenn ihr eben erst für die alte Trägheit ein so blutiges Pöbelgeld bezahlt? Der König selbst wünscht die Ansichten des Volks zu vernehmen, wie er es der Breslauer Deputation gegenüber ausgedrückt hat, und ihr wollt in feiger Angst die Früchte des Sieges unter die Füße treten. Es war übrigens komisch, eine Menge Herren in neuen Hüten und herrlichen Hocken rufen zu hören: Wir Arbeiter haben keine Zeit zu Petitionen. Wir Arbeiter kümmern uns darum nicht. Wir müssen arbeiten und nicht berathen. (Ztg.-H. U.)

Der König läßt in seinem Schlosse und zwar in den Zimmern der Herzogin von Mecklenburg einen großen Theil der in dem Befreiungskampfe am 18ten d. ver wundeten Bürger auf das Beste versorgen. Die Königin hat von ihrem eigenen Haushalte Betten und Klidungsstücke zu diesem Behufe hergegeben und läßt die Verwundeten aus ihrer eigenen Küche versorgen. Mehrere Militär-Aerzte sind zu diesem Behufe fortwährend im Schlosse stationirt. Die Königin besucht die Kranken fast täglich und spricht ihnen freundlich Trost zu. Die Schloßfrauen derselben fungiren als Krankenwärterinnen. Es gewährt einen eigenthümlichen Anblick, die Betten dieser Kranken rühmweise in den prächtigen Sälen des Schloßes unter den prächtigsten und seltensten Statuen stehen zu sehen. (Vöf. Z.)

β Königsberg, 21. März. Das Patent wegen Einberufung des vereinigten Landtages zum 4. t. M. und wegen Aufhebung der Censur ist heute per Ekspresse eingegangen. Es herrscht in der Stadt große Aufregung, da uns die Berliner Nachrichten fehlen, denn seit gestern früh sind keine Posten von Berlin angekommen. Ueberall sieht man Gruppen auf den Straßen, den Schloßhof füllen Hunderte, an die der Ober-Präsident eine beruhigende Ansprache hielt, und sie mit den neuesten Nachrichten bekannt machte. Nachmittags um 2 Uhr ging eine Ekspresse von Berlin hier ein, viele Personen verlangten von dem hiesigen Hof-Postmeister Näheres hierüber zu wissen. Letzterer gab den Bescheid, die Depesche sei nach Rußland bestimmt. Sogleich wurde von der inrussischen angewachsenen Menschenmasse die Auslieferung derselben verlangt, da man be schlossen habe, keine Krise, die möglicher Weise die Herbeiführung russischer Truppen zum Zwecke haben könnten, nach Rußland gelangen zu lassen. Der Hofpostmeister machte den Vorschlag, mit dem Ober-Präsidenten über die Angelegenheit zu conferiren, und begab sich, gefolgt von einer ungeheuren Menschenmasse, nach dem königlichen Schlosse. Wegen diese Erklärungen des Ober-Präsidenten und des Hofpostmeisters erhob sich Mißtrauen, man zog vors Postgebäude und forderte die Herausgabe der Depesche. Diese konnte nicht erfolgen, da die Depesche wirklich abgehandelt war. Sogleich sah-

ren einige Personen, unter denen sich der Ober-Lehrer Witt b fand, der Estafette nach, hielten dieselbe noch ein und bringen (5 1/2 Uhr Nachm.) so eben die Depesche im Triumph zurück, welche sie dem Magistrat überliefern. Was dieser thun wird, steht dahin. Man verlangt die Durchsicht derselben. Man ging noch weiter. Bei der eben auf Königsgarten stattgefundenen Volksversammlung, bei der die Bewaffnung der Bürger vorgenommen wurde, fasste man den Beschluß, alle an dem russischen Hof gerichteten Depeschen zurückzubehalten. — Ein-m hier allgemein verbreiteten Gerücht zufolge, stände bereits an der russisch-preussischen Grenze ein russisches Heer *). — Nach einem an den Straß-n-Glen besichtigten Placat hat in Stelle des Herrn Lauterbach R. gerungungs-Rath Waldow das Polizei-Präsidium übernommen **). Ein anderes Placat fordert zum Beisteuern aus für die Familien der in Berlin im Kampfe für die Freiheit Gefallenen.

β Königsberg, 21. März, 8 Uhr Abends. Bewaffnete Bürgerwachen haben sich am Brandenburger Thore und an der Post aufgestellt, um die Posten zu durchsuchen und die nach Rußland bestimmte Korrespondenz zurück zu behalten. — So eben kam eine Post an, Hr. Walestode und Hr. Malmros haben die Postkisten durchgesehen. Wie es heißt, haben sie auch die Depeschen an den kommandirenden General mit Beschlag belegt wollen.

β Königsberg, 22. März. Das nicht zu recht fertige Verfahren in Betreff der an das Petersburger Cabinet gerichteten Depesche ist nicht der einzige Akt äußerster Willkür, der gestern hier begangen worden. Gleich nach Anfunf der Estafettenpost aus Berlin traten die H. H. Walestode, Malmros und Dr. Jacoby, gefolgt von einigen andern Personen, ins Postlocal und erklärten, dem allgemeinen Wunsche des Volks darin zu willfahren, daß sie sämtliche eingegangene Korrespondenz durchsehen. Die Postbeamten konnten natürlich der bewaffneten Menge keinen Widerstand entgegen setzen und mußten sie gewähren lassen. Die genannten Personen sahen alle Briefe durch und nahmen etwa zwölf davon, die an den kommandirenden General, den Ober-Präsidenten und einige Militair-Behörden gerichtet waren, an sich; dann begaben sie sich zunächst zum kommandirenden General und forderten, daß ihnen der Inhalt der an ihn gerichteten Briefe mitgetheilt werde, welches Begehren der General entschieden zurückwies. Da auch andere Beamte, die auf diesem Wege ihre Depeschen erhielten, dasselbe Verfahren beobachteten, so überreichten jene Personen die Briefe, wie es heißt, dem Magistrat (der Ober-Präsident öffnete die Briefe und erklärte, daß deren Inhalt Verwaltungs-Angelegenheiten der hiesigen Regierung beträfe). Noch in der verfloffenen Nacht fand eine Sitzung der Stadtverordneten und Magistrats-Mitglieder statt, in der das Verfahren der H. H. Walestode, Malmros u. Mißbilligung fand. Man beschloß, die zurückgehaltene Depesche nach Petersburg weiter zu senden, fämmtlich in Beschlag genommene Korrespondenz den betreffenden Adressaten sofort zuzustellen und durch Aufstellung einer Schutzwache von 40 Mann zu verhindern, daß denartige Vorfälle auf der Post wieder sich ereigneten. — Zur Ermittlung, ob wirklich russische Truppen an der Grenze aufgestellt sind, ist gestern ein Regierungs-Commissarius von hier abgegangen.

β Königsberg, 22. März, 7 Uhr Abends. Der Ober-Präsident Böttcher soll heute seinen Abschied eingegeben haben. — Der Hof-Post-Sekretär Krause

*) In der Königsb. Ztg. ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Es hat sich die Besorgniß verbreitet, daß das vor einer halben Stunde durch eine Estafette eingegangene Schreiben, die Aufforderung nach Rußland bringen könnte, russische Truppen in unsere Provinz einzulassen zu lassen. Ich gehe hiermit mein heiliges Wort, daß ich alle möglichen Mittel anwende, um dies Schreiben zurückzuhalten und die Provinz vor einem Einmarsch fremder Truppen zu bewahren.“ — Wie sind aber bis jetzt durchaus keine Nachrichten gekommen, welche eine solche Maßregel irgend befürchten lassen. Ich schicke indessen einen Beamten nach der Grenz, um Nachrichten einzuziehen, und werde diese, sobald ich sie erhalte, sogleich bekannt machen.
Königsberg, den 21. März 1848.

Der Ober-Präsident Böttcher.

**) Die betreffenden Bekanntmachungen lauten: 1) Sämmtlichen Einwohnern wird hiermit bekannt gemacht, daß die Verwaltung des Polizei-Präsidiums an Stelle des in Dienstgeschäften vertriebenen Präsidenten Lauterbach dem Regierungs-Rath v. Waldow übertragen worden ist. Ich bitte, demselben mit Vertrauen entgegenzutreten; er wird es durch seine Anteführung zu verbinden wissen.
Königsberg, den 21. März 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Preußen.
Böttcher.

2) Zur einstweiligen Vertretung der Geschäfte des hiesigen Polizei-Präsidiums beauftragt, habe ich es für Pflicht gehalten, mich diesem Amte zu unterziehen. Die Wirksamkeit der Polizei wird vornehmlich durch zwei Erfordernisse bedingt: die Polizei muß unverzüglich festhalten an dem Rechteboden; die Polizei muß getragen werden durch das Vertrauen der Einwohner. Dem erstern Erfordernisse zu genügen, verspreche ich; in letzterer Beziehung richte ich die Bitte an die geehrten Einwohner Königsbergs, mich nach meinen Handlungen zu beurtheilen. — Königsberg, den 21. März 1848.
v. Waldow, Regierungs-Rath.

hatte unter der Hand, obgleich er, wie es heißt, versicherte, die Depesche an das Petersburger Cabinet am geeigneten Orte zu deponiren, dennoch die Beförderung derselben selbst versucht, welches Vorhaben vereitelt zu se. Da dieser Beamte hier für einen geheimen Bericht-erstatler gehalten wird, und deshalb sehr mißbeliebt ist, so trat sogleich die all emeine Mißstimmung auf eine für ihn gefahrdrohende Weise hervor. Heute verlangten große Volksmassen, die ihn nicht zu Hause trafen, seine Auslieferung aus dem Postgebäude, woselbst er sich indes nicht befand. So eben zieben Hunderte durch die Stadt, um ihn aufzusuchen, und, wie sie sagen, ein warnendes Exempel zu statuiren. — K. ist so eben aus der Stadt geflohen und dürfte es wohl schwerlich wagen, je wieder hierher zurückzukehren.

* Aus Preußen, im März. In einer Zeit, wo mit jeder Minute das Gesicht Preußens sich ändert, erregt es ein allgemeines Interesse, warum jetzt eine große Anzahl der besten und brauchbarsten Offiziere aus der Armee entlassen werden. Man fragt sich, hatte man Anfang März, als diese Offiziere entlassen wurden, noch nicht die Vorahnung großer bedeutungsvoller Ereignisse? Hatte man zu viel Geld? Haben diese Tausende von Thälern an jährlichen Pensionen für diese lebens- und dienstkraftigen Männer keinen Werth? — oder wollte man den Offizieren den Jügel noch *straffer anziehen, damit jeder fühle, falle er in Ungnade bei einem Vorgesetzten, — er auch die Dienstentlassung zu erwarten habe? — Noch das Konduiten-System nie so triumphirt, wie in diesem März, — aber hoffen wir zu Gott, es habe auch seinen glänzendsten Untergang gefunden. Welcher Mann der Eore und Pflicht verabscheut nicht tief das Konduiten-System, es ist schauererregend, sein Getriebe zu sehen, aber noch schrecklicher und verdammungswürdiger ist es in seinen Folgen, — Ehre, Familienglück, Sicherheit, die Einkünfte des Staates werden der Willkür, der Unredlichkeit geopfert.

Elbing, 20. März. Bei uns ist Alles sehr aufgereg. Die Patrouillen durchziehen die Straßen und es fallen nachträglich kleine Excesse oder Arretirungen vor. — 7 Uhr Abends. So eben verbreitet sich das Gerücht, 200 bis 300 Mann von Pangritz-Colonie mit einer rothen Fahne sind im Anzuge gegen die Stadt. Die Husaren sitzen auf. (Danz. Z.)

Thorn, 16. März. Die Mittheilungen, welche man hier aus Polen vernimmt, haben eine unbehagliche Stimmung gegen das offizielle Rußland hervorgerufen. Die Truppenzahl in Polen ist vermehrt worden, man spricht von einer totalen Grenzsperrung Sitzens Rußlands. Diese Nachrichten, nach deren faktischem Bestand man wenig fragt, finden Glauben. Die öffentlichen Kundgebungen in unserer Provinz, welche ein inniges Anschließen Preußens an das übrige Deutschland erstreben, so wie die, welche die Uebersiedlung liberaler Institutionen wünschen, werden hier als natur- und zeitgemäß mit der wärmsten Theilnahme vernommen und mit lebhaftem Interesse besprochen. Daß diese politischen Tendenzen in dieser Gegend Anklang finden, ist, abgesehen von allen rationalen Gründen, bei der Nähe der Grenze s. h. erklärlich. Der Geschäftsverkehr im Großen, wie im Kleinen ist sehr flau. (Königsb. Z.)

Posen, 23. März. *) Heute herrschte bereits von früh an ein bewegtes Leben auf unseren Straßen, indem man wiederum einige der polnischen Gefangenen aus Berlin erwartete. Dieselben wurden schon außerhalb der Stadt von einer großen Menschenmenge, von denen viele rotz-weiße und auch schwarz-roth-goldene Fahnen trugen, empfangen, von Damen betränkt und im Triumph unter fortwährendem Jubelrufe in die Stadt geleitet, wo sie sich dem auf dem Rathhause versammelten Comité vorstellten. Darauf begab sich die Menge in festlichem Zuge nach der schön-schmückten Pfarrkirche, wo ein feierliches Hochamt für die Befreiung der Gefangenen abgehalten ward. Abends 6 Uhr zog die Menge abermals zum Berliner Thor hinaus und führte auf gleiche Weise, wie am Vormittage, 4 neu angekommene polnische Gefangenen in die Stadt hinein. Mehrere Reden wurden auch heute auf öffentlichen Plätzen an das Volk gehalten und Nachmittags versammelten sich vor dem Landgerichte eine große Masse deutscher Einwohner, die über die zu erwartenden Sicherheitsmaßregeln sich berietzen und Beschlüsse faßten. Die Stadt-Behörden und das polnische Comité waren in Permanenz; Letztere saßen in der Frühstunde den Beschlüssen, um sich den Einwohnern in ihrer Eigenschaft als Kommunalbeamte kenntlich zu machen, von nun an ein breites weißes Band mit der polnischen und deutschen Kokarde am Hute zu tragen. Die Ruhe ist nicht gestört worden. (Pos. Ztg.)

* Plescher, 23. März. Hier wurde um 10 Uhr die Sturmlocke gezogen, das rothe Volk bewaffnete sich mit Stangen, Heugabeln u. s. w. und versammelte sich auf dem Markt. Dort erschien alsbald das

*) Briefe aus Posen vom 24. März haben wir h. ute nicht erhalten. Wir vermögen also nicht zu beurtheilen, was an den in Westlau umlaufenden Gerüchten, daß daselbst Unruhen ausgebrochen seien, Wahres ist. Red.

widervereinigte Comité; es wurde eine Anrede an polnischen und deutschen Bürger gehalten, Freundschaft und Schutz für alle angelobt und die Mittheilung gemacht, daß der Landrath mit ihm gemeinschaftlich für Aufrechthaltung der Ruhe und Sicherheit wachen werde. Darauf kam bald eine Menge weißroth-r. Kokarden zum Vorschein und man zog in die katholische Kirche, um die vorhin angedeuteten Versprechungen an hiesiger Städte zu erneuern, ganz besonders aber dem Volke Nüchternheit einzuschärfen. Jetzt Nachmittags scheint sowohl der Landrath als auch der hier wohnende Polizey-Distrikts-Kommissarius aus besichtigt. Aus den un-liegenden Städten Jaroscin, Miezow, Dytromo und Krotchin laufen fortwährend Nachrichten ein, daß auch dort die biederige Ordnung der Dinge ungehalten worden sei und die Polen das Regiment in die Hände genommen haben, theilweise leider mit einigen Extravaganzen. Auch von hier sind schon einige Familien geflüchtet und ihre Zahl wird sich wohl noch vermehren.

* Plescher Kreis, 24. März. Die Polen zwingen alle jungen weissen Leute, der Fahne der Polen zu folgen und heben sie, wie sie ihrer habhaft werden können, aus.

Magdeburg, 23. März. Die feierlich bewegte Stimmung, welche gestern in allen Gemüthern lebendig war, ließ diesen unvergeßlichen Tag mit einer Jubiläum-nation beschließen, die, ohne alle Verabredung, wie durch einen Zauberschlag in allen Straßen unserer Stadt aufzulangte. Noch weit zahlreichere Menschenmassen wogten durch die festlich strahlenden Straßen bis an den späten Abend. Auch nicht die leiseste Ruheföderung, kein wülster Laut entweichte die erste Feier. — Heute feierten die Hunderte von Magdeburgern, die der Siegestruf und die Trauer um die gefallenen Bürgerheiden nach Berlin geführt hatte, von dort zurück.

(Magdeb. Ztg.)

* Münster, 22. März. Eine dem Adel höchst gefährliche Bewegung ist unter unserm Bauernlande ausgebrochen; dieselben verlangen Aufhebung aller Feudalrechte und haben bereits zwei adeliche Schlösser demo-irt und deren Besitzer vertrieben. Am kommenden Sonntag, heißt es, wollen die Bauern aus ganz Münsterland bewaffnet vor die Schlösser des hiesigen vählerischen Adels ziehen, und die Gewährung ihrer Wünsche mit Gewalt erzwingen. Magistrat und Stadt-Ordre haben deshalb die Errichtung einer Bürgergarde beschloffen, in welche sich auch unsere Adelligen aufnehmen lassen wollen. Am vorigen Sonntag (den 19.) hat bereits eine Dorfgemeinde (Nordwalde) eine Adresse an den König abgeben lassen, welche lautet: „Magisterei — Wir hegen den traggenden Wunsch, 1) daß bei der Wahl der Landtags-Deputirten der Adel nicht mehr in Betracht komme, als jeder andere Stand, und daß alle Mündigen Wähler und alle Dreißigjährigen wählbar sein mögen, gleichviel ob Juden oder Christen, denn wir Alle sind Brüder. Wir haben die Ueberzeugung erlangt, daß die Männer aus den sognann-ten höhern Ständen nicht mehr Verstand und Umsicht besitzen, als Bauer, Kültter oder Handwerker. 2) Daß wir uns auf dem Landtage unsere sämmtlichen Gesetze selbst machen dürfen. Wir haben die Einsicht gewonnen, daß wir besser wissen, was uns Noth thut, als Beamte, die mit unsern Verhältniss-n persönlich gar nicht vertraut sind. 3) Daß die Landräthe und Amtmänner, wenn sie bleiben sollen, frei vom Volke gewählt werden mögen. Die riterrückbesitzenden Referendare, welche man uns als Landräthe zuschickt, kennen zwar wohl das Bureau, aber nicht die Verhältnisse und Bedürfnisse des Landmanns, worauf es hauptsächlich ankommt. 4) Daß man die Bauerngerichte, welche in früherer Zeit bestanden, wieder einführe. Wir sind es müde, uns bei jeder Streitigkeit an die oft viele Stunden entfernten Stadtgerichte zu wenden, und bis an den Ellenbogen in den Seidbrutzel zu greifen, um so mehr, weil sich mancher Zwist durch Schiedsmänner aus unserer Mitte recht wohl in der Güte b. iligen lassen würde, während man jetzt um jede Kleinigkeit Prozesse führt. Ueberdies sehen wir keinen Grund dafür, daß wie Landleute in betreffender Hinsicht den Städtebewohnern nachsehen. 5) Daß die Steuern von drei aus unserer Mitte gewählte Bauern empfangen werden. 6) Daß man die alten Feudalabgaben aufhebe. Als noch der Adel den Bauer und Hinterlassen vor den Finden beschützte, konnte er mit Recht eine Entschädigung fordern; seitdem dies nicht mehr der Fall ist, sehen wir die Rechtmäßigkeit solcher Belastungen nicht ein. Wer Nichts für uns thut, kann doch unmöglich Forderungen an uns stellen. 7) Daß uns in den Zeitungen ein genaues Verzeichniß sämmtlicher Einnahmen und Ausgaben mitgetheilt werde, indem wir gerne wissen möchten, wie das, was wir ver zahlen, verwendet wird. 8) Daß die Affens- und Stempelsteuer, sowie für den gemeinen Handwerker die Gewerbesteuer abgeschafft und die Grundsteuer im Allgemeinen vermindert, für die kleinen Köttler aber völlig aufgehoben werde. Wir Landleute haben offenbar verhältnißmäßig viel mehr Steuern zu zahlen, als Kaufleute und Fabrikanten, und wir finden diese Mehrzahlung ganz unbegründet. 9) Daß man die Salzpreise ermäßige. 10) Daß man

das stehende Heer abschaffe und die Kasernen den arbeitsamen Menschen zu Wohnungen überlasse, welche kein Geld haben, um ein angemessenes Dach zu bezahlen. Wenn die Jugend von vornherein militärisch geübt wird und wir uns von Zeit zu Zeit in den Jahreszeiten, wo sich weniger die Geschäfte häufen, in den Waffen üben und dann ein fremdes Volk uns Eigentum und Freiheit rauben will, so werden wir schon den Sieg davon tragen, ja unzweifelbar mehr leisten, als die jetzigen Soldaten, die großentheils nur als Maschinen thätig zu sein scheinen. 11) Daß kein Zeitungschreiber verhindert werde, in allen Dingen die Wahrheit zu sagen, damit öffentlicher Druck und Betrug frei an den Pranger gestellt werden können. 12) Daß man alle die unglücklichen Menschen, welche wegen Vergehen gegen König oder Staat im Gefängnisse schmachten, frei gebe, mögen es Polen oder Deutsche sein. 13) Daß die Zuchthäuser, die jetzt nur die Menschen schlechter zu machen pflegen, in Erziehungsanstalten verwandelt und die Gefesselten durch einen feierlichen Akt wieder für ethisch erklärt werden mögen.“*) Sie sehen, die Bauern geben unsern Städtern im Forderern nichts nach.

Nachen, 21. März. Die Hoffnung, daß sich die gestrigen tumultuarischen Scenen nicht erneuern würden, hat sich leider nicht bewährt. Auch heute Abend fanden wieder Zusammenrottungen Statt, zum Theil, wie man vernimmt, aus Personen bestehend, welche der Stadt nicht angehören. Beim Schusse des Blattes, Abends 10 Uhr, waren an mehreren Häusern die Fenster eingeworfen, doch überall rief jed. weitere Unbill verhindert worden, da Bürgergarde und Militär gemeinschaftlich zusammenwirkten, um auf allen bedrohten Punkten den Unordnungen Einhalt zu thun.

(Nach. 3.)

Nachen, 22. März. Gestern Abend sind von der Bürgergarde in Folge der Ruhestörungen, mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. In der ganzen Bürgergarde herrscht nur Eine Stimme darüber, daß diese tumultuarischen Scenen ein Ende nehmen müssen. Die siebthafte Aufregung, in welche die Stadt dadurch versetzt wird, ist eine allgemeine Kalamität und kann nur die traurigsten Folgen für Einsen e wie für das Wohl der ganzen Stadt haben. Das ist nicht die Freiheit, das ist ein Hinderniß der Freiheit. Wir wollen die Freiheit, die ganze Freiheit, aber auf der Basis des Gesetzes und das Gesetz verlangt vor Allem Sicherheit der Personen und des Eigenthums. Diese Zusätze hindern, daß an Wichtigeres, Höheres gedacht werde. Köln hat das Beispiel gegeben und es ausgesprochen, was wir erhalten müssen, damit der erschütterte Staat wieder auf festen aber sicheren Grundlagen erbaue werde; aber Köln hat auch das Beispiel gegeben, daß diese Forderungen um so kräftiger wirken, wenn der Anarchie gewehrt wird. Der Heroismus Berlins hat den Sieg der Volkssache für immer entschieden. Die einmütig gestellten Forderungen müssen in's Leben treten. Es ist furchtbar, daß die gerechten Wünsche nicht schon vor Wochen bewilligt worden, und es ist nur Eine Stimme in Berlin und diese verdammt die Minister, welche das Unglück verschuldet und welche, noch eben mit der größten Gewalt begabt, vor dem Hauche des Volkes verschwunden sind, wie ein blemmender Nebel.

(Nach. 3.)

Trier, 19. März. Heute Morgens um 8 Uhr trat die fünfte Compagnie des hier garnisonirenden 30. Linieninfanterieregiments den Marsch nach Prüm an. Die Regimentsmusik lag voran, an deren Spitze der hiesige Divisions-Commandeur General-Lieutenant v. Hollebenritt. Am Brückentore angekommen, fand man dieses verstaubt. Auf erfolgte Weisung, das Thor zu öffnen, befehlt Excellenz, mit gefülltem Bajonnette anzudrängen, worauf die gedachte Compagnie das Gewehr bei Fuß setzte. Auf das erste Commandowort: Feuer zu geben, erfolgte keine Bewegung. Erst auf das zweite Commando wurde Feuer gegeben, jedoch in die Luft; nur ein Unteroffizier schlug auf die Volksmasse an und tödtete einen Bauer Namens Weiland vom Markusberge bei Trier. Erst nachdem ein Commando des hier garnisonirenden 8. Ulanen-Regiments am Brückenthor einetroffen und die Nachricht verbreitet war, daß die hier garnisonirende reitende Artillerie-Compagnie erwartet werde, wurde das Stadthor geöffnet; indessen verzögerte sich die gedachte Infanterie-Compagnie, abzumarschieren. Aus der versammelten Volksmasse, theils aus Schiffleuten, theils aus Landleuten und anderen Bürgern bestehend, ertheilten Drohungen gegen die herbeigeeilten Ulanen, welche mit vielen Steinwürfen auf die Ulanen und auf diejenigen anwesenden Offiziere begiebet waren, welche Feuer kommandirten. Mittlerweile war auch eine Abtheilung der seit acht Tagen mit Aufrechterhaltung der Ordnung beschäftigt gewesenen 7. reitenden Compagnie, an deren Spitze der hiesige Regiments-Chefpräsident v. Aueiswald einherging, am

*) Nach Berichten der Oberfelder Zeitung ist bereits am 16. d. M. aus Castrup in der Grafschaft Mark eine Adresse an den König gerichtet worden, in welcher unter anderem gebeten wird: „um Repräsentation des Volkes auf Grund allgemeiner Wahlbarkeit und Wahlfähigkeit.“

Brückenthor eingetroffen, wonach denn der Ausmarsch der mehr erwähnten Infanterie-Compagnie stattgefunden hat, und mehrere Landleute den erschossenen Weiland durch die Straßen der Stadt zur Schau trugen. Man ist für die Ruhe am heutigen Abend sehr besorgt.

(Köln. 3.)

Koblenz, 21. März. Die hiesige Zeitung veröffentlicht eine „Adresse der Koblenzer Bürger an die vereinigten Stände“, in welcher die letzteren aufgefordert werden: Eine hohe Ständeversammlung wolle nach dem Beispiele anderer deutschen Stände ihre gegenwärtige Thätigkeit auf den feierlichen Ausdruck beschränken, daß die in dem allerhöchsten Patente angeordneten Maßregeln zum Hile Deutschlands nur von einer wahren, auf dem Grunde des allgemeinen Stimmrechts beruhenden, Volksrepräsentation berathen und ausgeführt werden können.“ — Heute wurden die Bürger unserer Stadt durch Maueranschläge zu einer Versammlung auf dem Forstmarkt eingeladen, um über einige Punkte, den allgemeinen Landtag betreffend, zu berathen. Nachdem mehrere Redner die Wichtigkeit der Sache besprochen und der Herr Oberbürgermeister den Bürgern zugesagt hatte, sich für die Bewaffnung derselben zu verwenden, ging die aus vielen Tausenden bestehende Versammlung ruhig auseinander.

Koblenz, 22. März. Fürst Metternich ist in unserer Nähe auf Schloß Rheineck angekommen. Ein Detachement Militär ist dahin beordert worden.

(Köln. 3.)

Köln, 21. März, 10 1/2 Uhr Abends. Die in schneller Weise organisierte bewaffnete Bürgergarde hat, in 17 Compagnien geteilt, heute Abend 7 Uhr ihren Dienst in der Stadt begonnen, und freut es uns, bekant machen zu können, daß bis dahin die Ruhe in keiner Weise gestört worden ist. Bei dem trefflichen Gistte, welcher alle zur Garde versammelten Bürger besetzt, und bei dem nicht genug zu lobenden Eifer derselben, für die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit thätig zu sein, dürfen wir mit Grund die Erwartung aussprechen, daß der gute Ruf Kölns auch in dieser Beziehung werde erhalten werden.

(Köln. 3.)

Deutschland

München, 20. März. Nachts 12 Uhr. Welche unerwartete Wendung der Dinge! Heute morgen noch verkehrte der König mit Deputationen in offener Audienz, und Abends hat er aufgehört, König zu sein. König Ludwig I. hat die Krone niedergelegt. Schon den Tag über trug man sich in verschiedenen Kreisen mit einem solchen Gerüchte, aber Niemand schenkte ihm Glauben. Da erschien Abends 10 Uhr ein Adjutant des Königs auf der Hauptwache der Studenten und erklärt offiziell: König Ludwig hat abgedankt. „Es habe seit dreißig Jahren regiert nach Grundgesetzen, die er für die richtigen gehalten, nun sei er gezwungen worden, KonzeSSIONen, Versprechungen zu machen, die er nicht zu halten im Stande sei, er sehe sich unter diesen Umständen veranlaßt, seine Krone niederzulegen.“ Welches die aller nächsten Ursachen zu diesem Entschlusse waren, wird sich morgen auflären; dies erwarten auch die hiesigen Bürger, welche vor Allem sich versichern wollen, ob der König nicht gezwungen dazu gelang. In letzterem Falle würden sie feierlich dagegen protestiren. Sie werden morgen früh 7 Uhr eine Versammlung im Rathhause halten, von der eine Deputation in die Residenz ausgehen soll, um sich Aufklärung zu verschaffen.

Vom 21. März, Morgens 5 Uhr. König Ludwig hat der Krone entsagt. Der Kronprinz bestieg als Maximilian II. den Thron in erster Stunde. Während sich dieses hochwichtige Ereigniß gestern am Tage als Gerücht durch die Stadt bewegte, wurde es Abends 10 1/2 Uhr als Thatsache durch einen Adjutanten des bisherigen Kronprinzen den auf ihrer Hauptwache versammelten Studenten und etwas später dem auf dem Rathhause versammelten Bürgermilitär durch den Bürgermeister v. Steinsdorf bekant gegeben. Die Auslegung war eine unbeschreibliche, und die Stimmung für den Fall, daß eine geheime Parteintrigue mit unterlaufe, eine bedrohliche. Während angegeben wird, daß sich König Ludwig zur Durchführung der verheißenen Reformen, namentlich zu Aufstellung eines verantwortlichen Ministerregiments, als gegen seine innersten Ansichten streitend, nicht habe überwinden können, wird eingemeldet, daß dies als Abdanungsgrund zu früh oder zu spät käme. Das Chaos der Vermutungen, Urtheile und Pläne macht es jetzt noch unmöglich, einen klaren Blick in diese ganz unerwartete Episode unserer Entwicklungsgeschichte zu werfen. Ein schwerer Tag steht vor uns.

In Betreff der deutschen Bundesreform hat sich gestern Hr. v. Berger, in Begleitung des Altstädter Grafen v. Dürkheim-Montmartin, nach Dresden begeben und wird nach kurzem Aufenthalt daselbst nach Berlin eilen, um namentlich am dortigen Hof diese höchst wichtige Angelegenheit schleunigst im Sinne der süddeutschen Staaten zu betreiben. An dem auf den 25. März anberaumten deutschen Fürsten-Kongress in Dresden wird sich Baiern nicht betheiligen. (Allg. 3.)

Vom 21. März, Mittags. Nachdem heute Morgen zwischen 7 und 8 Uhr die Regimenter der hiesigen Garnison auf dem Dultplatze in vorchriftsmäßiger Weise dem neuen Könige Maximilian II. den Eid der Treue geleistet hatten, wurde derselbst auch die gesammte hiesige Landwehr aufgestellt und beidigt. Es wurde derselben zuerst das königl. Patent, die Verzichtleistung König Ludwigs betreffend, und dessen „königliche Worte an die Baiern“ vorgelesen, dann ein Reskript des Ministeriums des Innern mitgeteilt, nach welchem König Maximilian II. bereits Morgens 8 Uhr den nach § 1 Lit. X. der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Eid geleistet hat und das Kreiskommando ausgehoben wird, unverzüglich die Landwehr zu beidigen, was nun sofort in gehöriger Form und ohne Beanstandung gesch. h. Ich mache die letztere Bemerkung aus dem Grunde, weil man in der Stadt das Gegentheil wissen wollte. Nach der Beidigung wurde in aller Ordnung abmarschirt. Bei der Eidesleistung des Königs in Gegenwart der sämtlichen Minister und des Staatraths in der königl. Residenz waren sehr zahlreiche Deputationen beider Kammeren zugegen. Der Eid, welchen der König auf die allegirte Verfassungsbestimmung zu leisten hat, lautet: „Ich schwöre, nach der Verfassung und den Gesetzen des Reichs zu regieren, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.“ — Um 11 Uhr verließ der Reichserzherzog, von zwei Herolden begleitet, unter Voraustritt der königl. Hoftrumpeter und unter Eskorte einer Abtheilung Kürassiere das Ministerium des Innern und des königlichen Hauses und durchschritt die Hauptstraßen der Stadt, an den öffentlichen Plätzen den Regierungsantritt König Maximilians II. verkündend; ein dreimaliges Hoch dem neuen König folgte der jedesmaligen Verkündung. Es waren sehr viele Leute auf den Straßen, um dies mit anzusehen; der Eindruck, welchen es hervorbrachte, war ein verschiedenartiger, wie denn überhaupt die Stimmung über das große Ereigniß sehr verschiedenartig ist und im Allgemeinen noch keine bestimmte Richtung genommen hat. Das, was seit gestern geschehen, kam zu schnell, zu unerwartet, als daß es möglich wäre, daß sich schon jetzt eine bestimmte Ansicht gebildet hätte. Es wird dies erst nach ruhiger Ueberlegung und nach den ersten Regierungsakten des nun regierenden Königs möglich sein.

(R. K.)

Der Allg. Ztg. zufolge ist noch am 20ten der Abgeordnete Willich zum Justiz-, der Abg. Febr. v. Lerchenfeld zum Finanz-Minister ernannt worden. Der Landb. meldet die Ernennung des Generals Lesutur zum Kriegsminister. Die Bekräftigung dieser Nachrichten ist abzuwarten.

Königliches Patent.

Ludwig, von Gottes Gnaden König von Baiern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Baiern, Franken und in Schwaben. Wir haben Uns Allerhöchst bemogen gefunden, zu Unseres geliebten Sohnes des Kronprinzen Maximilian II. Hoheit Gunsten auf Unsere Krone zu verzichten, und fügen mit Diesem zugleich zu wissen, daß Wir von nun an die Namenstitulatur „König Ludwig“ (Majestät) und Unsere vielgeliebte k. Gemahlin die Titulatur „Königin Theresie“ (Majestät) führen werden. Vorstehende Unsere Verzichtleistung und Titulatur-Bestimmung ist in Unserm Regierungsblatt zur öffentlicher Kenntniß zu bringen. — Gegeben München, 20. März 1848, im 23ten Unserer Regierung. — Ludwig.

Königliche Worte an die Baiern.

Baiern! Eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher Ich nun im 23ten Jahre geherrscht. Ich lege die Krone nieder zu Gunsten Meines geliebten Sohnes, des Kronprinzen Maximilian. Treu der Verfassung regierte Ich, dem Wohle des Volkes war Mein Leben geweiht — als wenn Ich eines Freistaates Beamter gewesen, so gewissenhaft ging Ich mit dem Staatsgute, mit den Staatsgeldern um. Ich kann Jedem offen in die Augen sehen. Und nun Meinem tiefgeföhnten Dank Allen, die Mir anhängen. Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend Mein Herz für Baiern, für Deutschland. München, den 20. März 1848. Ludwig.

Regierungsantritte-Patent Sr. Majestät des Königs Maximilian II. von Baiern.

Wir Maximilian II. von Gottes Gnaden u. Entbieten männiglich Unserm Gruß und königliche Gnade zuvor! Nachdem Unseres vielgeliebten und theueren Herrn Vaters königliche Majestät Sich unterm 20ten d. M. aus freiemgem Entschlusse Allerhöchst bemogen gefunden haben, zu Unsern Gunsten den Verzicht auf die Krone Baiern zu erklären und durch diese Verzichtleistung das Königreich Baiern in der Gesamtheit Vereinigung aller seiner Ältern und neuer Gebiets-theile nach den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde auf dem Grund der Staats- und Hausverträge an Uns, als nächsten Stammfolger, übergegangen ist, und Wir davon vollen Befähigung ergriffen und die Regierung des Königreiches angetreten haben; als wollen Wir Uns zu sämtlichen Ständen, Bürgern und Untertanen in den Städten und auf dem Lande, auch allen Bediensteten und überhaupt allen Unseren Erblanden Angehörigen, welchen Standes, Würde und Befähigung sie immer sein mögen, gnädig versehen, daß sie Uns von nun an für ihren rechtmäßigen und

(Fortsetzung in der Beilage.)

Erste Beilage zu No 73 der Breslauer Zeitung.

Sonntag den 26. März 1848.

(Fortsetzung.)

einigen Landesherren so willig als pflichtmäßig erkennen, uns unüberbrückliche Treue und unneiglichen Gehorsam leisten, sofort in allen Stücken sich, wie es pflichtbewussten Unterthanen gegen ihre von Gott verordnete Landesherrschaft und Obrigkeit gebührt, gegen uns bezeigen werden. Wir geben denselben dagegen zu erkennen, daß wir den in dem Titel X. § 1 der Verfassungsurkunde enthaltenen Eid bereits in der dort vorgeschriebenen Form abgelegt haben. Damit der Gang der Regierungs- und Justizgeschäfte nicht unterbrochen werde oder zum Schaden des gemeinen Wohls einiger Aufenthalt entstehe, so ist Unser Befehl, daß sämtliche Stellen und Behörden im Königreiche ihre Einrichtungen bis auf Unsere nähere Bestimmung gehörend und nach ihren aufhabenden Amtspflichten fortsetzen, die amtlichen Ausfertigungen von nun an unter Unserm Namen und Titel, wo Solches vorgeschrieben ist, erlassen, bei der Siegelung aber sich der bisherigen Siegel so lange, bis ihnen die neu zu verfertigen werden zugesandt werden, bedienen sollen. Wir wollen alle Bediensteten an den von ihnen geleisteten Verfassungs- und Dienstleistungen erinnern haben und versehen uns gnädigst, Unsere gesammten Stände, Unterthanen und Diener werden dieser Art, von uns, als ihrem angeborenen rechtmäßigen Landesherren an sie gerichteten Aufforderung sich treuegehorsam fügen, wogegen wir ihnen mit königlicher Huld und Gnade wohl beizutheilen verbleiben. Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt München, den 21. März 1848. Maximilian. Fehr. v. Thon-Dittmer, Staatsrath. v. Kobell.

Königliche Worte an die Baiern.

Baiern! Mein vielgeliebter Vater und König hat geruht, Mir die Krone zu übertragen. Tief ergriffen fühle ich das ganze Gewicht der Verpflichtungen, das Er Mir auferlegt. In einer Zeit besteihe ich den Thron, die mit ihren großen Anforderungen das Inn- und Ausland mächtig bewegt. Auf Gottes allmächtigen Schutz vertraue ich und auf meinen redlichen Willen, dieser Zeit Gebot zu verstehen und zu vollbringen. Wahrheit will ich in Allem — Recht und gesetzmäßige Freiheit im Gebiete der Kirche wie des Staates. Auf der Baiern Treue hoffe ich, auf die seit Jahrhunderten bewährte Liebe zu ihren Fürsten. Baiern, steht Mir bei in Meinem festen Vorhaben, Euch auf die Stufe zu erheben, zu der Ihr als ein freies Volk berufen seid, ein Achtung gebietender Staat im einzigen deutschen Vaterlande. München, den 20. März 1848. Maximilian. (Münch. K.)

Stuttgart, 19. März. In Württemberg blickt Alles, vom Könige bis zum ärmsten Hinterlassenen, mit Vertrauen auf das neue Cabinet, das freilich eine schwere Aufgabe vor sich hat. Die Auflösung der Kammer ist bis jetzt nicht erfolgt; es schweben Unterhandlungen mit den Standesherrn und der Ritterschaft über ein Ablösungsgeß, das, wenn der Entwurf zu Stande kommt, der gegenwärtigen Kammer noch zur Annahme vorgelegt würde. Man spricht von achtzehnfacher Ablösung für die alljährlichen Feudallasten, und zwölffacher für die drückenden Gebühren bei Besitzveränderungen (Kaudemien unter allerlei Namen, wie Sterbefall, Weglöse, Weinhaupt etc.). Die Nachrichten über die Bauernaufstände im Hochlohnigen und im Reichsgau, im Tauber-, Lahn- und Jartthale waren ungeheurer übertrieben. Kein einziges Gebäude, außer dem Rentamt Niederhätten, ist niedergebrannt worden; nur Actenköpfe, die Documente, welche für die Leistungen an die Gutsherrn als Beleg dienen, und deren Einsicht von diesen den Pflichtigen verweigert wurde, wurden an einigen Orten dem Feuer übergeben, andere bloß in den Verschluß der Gemeinden oder der königlichen Bezirke überliefert. Im württembergischen Oberlande ist es noch ruhig, vereinzelte Störungen ausgenommen.

Karlsruhe, 21. März. Sicherem Vernehmen nach hat Markgraf Wilhelm in Folge der bekannten Wünsche der Offenburger Volksversammlung dem Großherzog die Bitte eingereicht, ihn von seiner Stelle als Commandirender des großherzoglichen Armeekorps zu entheben. — Es heißt, das 8te Bundes-Armeekorps (Württemberg, Baden, Hessen) werde mobil gemacht werden. Zugleich wird versichert, daß eine beträchtliche Anzahl Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden soll. (Karls. Z.)

Das bereits angekündigte Manifest deutscher Republikaner ist nun in Form einer Petition an das deutsche Reichsparlament erschienen. Ohne dasselbe unterschreiben zu wollen, müssen wir zugeben, daß es sich gemäßigter gehalten hat, als wir erwarteten. Sichtbar herrschen in demselben die amerikanischen Prinzipien vor, während das Manifest der Oberländer Insurgenten dem französischen Terrorismus von 1793 näher steht. Es wäre zu wünschen, daß das republikanische Element in Deutschland wie hier sich in das Bett des loyalen Fortschritts, der Petition, selbst einfindigte und nicht in wilden Furchen aufsprudelte, die nur niederreißen ohne aufzubauen. Das Manifest zählt, wie wir hören, in den beiden ersten Tagen bereits 10,000 Unterschriften an den Rheinischen und in der obern Gegend; dasselbe soll erst nach erlangter zehn-

facher Stimmzahl der Reichs-Versammlung vorgelegt werden. Es lautet:

Die Unterzeichneten bitten das erste volkserwählte deutsche Reichs-Parlament, oder für den Fall, daß im Drange der Ereignisse die vorangehende Deputirten-Versammlung zu Frankfurt a. M. als solches sich konstituiren sollte, bei Verhandlung der hochwichtigen Frage über Deutschlands künftige Regierungsform auch die republikanische einer reiflichen Prüfung zu unterwerfen und sie unterfügen diese ihre Bitte vor der Hand mit nachfolgenden allgemeinen Gründen: 1) Die demokratische Republik ist nach unserm Dafürhalten die Regierungsform, welche die Rechte der Einzelnen und der Gesamtheit, die Volkssouveränität am deutlichsten ausspricht und am treuesten gegen innere und äußere Feinde schützt; wir erachten es für einen Widerspruch gegen den jetzt allenthalben aufgestellten Grundsatz der Gleichheit, so wie für ein Hinderniß der ebenfalls verkündeten Verbrüderung, wenn ein einzelner Mensch mit lebenslänglichen Machtbefugnissen und andern Unterscheidungsmerkmalen ausgestattet wird. Das bloße Voranschieben eines machtlosen Scheinkörpers aber finden wir unvereinbar mit dem Sittengesetze und der Bildung unserer Zeit, indem jenes Aufschubungen, wenn auch gutgemeinte, verbietet und diese zum Anschauen des Lichts wegen längst abgefallener Binde keine farbigen Augengläser mehr erfordert. Zum Endziel der Menschheit, zum reinen Menschenthum führt nach unserem Glauben nur die Allherrschschaft. — 2) Diesen unsern Glauben setzen wir nicht nur in solchen aus der Natur und Philosophie geschöpften Theorien begründet, sondern auch in der Praxis der Weltgeschichte. Die meisten Großthaten des Alterthums, aus den noch heute das Herz der Jugend Begeisterung saugt, an denen der Mann seinen Willen zur Nachahmung stärkt, entstammen dem Leben republikanischer Völkerstämme und einzelner Republikaner; und will man unsern Blick aus dieser mehr ideellen Sphäre zur materiellen, aus der Vergangenheit zur Neuzeit kehren, so weisen wir hinüber auf die nordamerikanischen Freistaaten, welche inmitten welterschütternder Stürme allein ruhig, groß und gesichert dastehen; und will man noch weiter einen Unterschied machen zwischen deutscher und amerikanischer Volksbildung und Volksehre, so deuten wir auf die unmeßbare Thatfache, daß gerade die Deutschen es sind, welche in Amerika das demokratische Element zunächst repräsentiren und festhalten; wir deuten auf die fernere Thatfache, daß diese deutsch-amerikanischen Demokraten nicht aus den sogenannten höheren und gebildeten Klassen ihres früheren Vaterlandes, sondern gerade aus dem untern oder eigentlichen Volke, das inniger und schmerzlicher als die über ihm stehenden den Freiheitsmangel und andere europäischen Gebrechen stülzte, zuerst entspringen sind. — 3) Die Civilliste für eine oder mehrere monarchische Hofhaltungen Deutschlands betrachten wir als unerschwinglich in diesen Zeiten der Verarmung, wo es des Aufgebotes aller Kräfte und selbst noch nicht aufgebundener Heilmittel bedarf, um den großen Mißstand zwischen Kapital und Arbeit nur einigermaßen auszugleichen und das tief gewurzelte Mißtrauen des vierten Standes gegen fortwährende Uebervertheilung durch privilegierte Klassen zu beseitigen. — Nach diesen nur vorläufig und flüchtig hingeworfenen Grundzügen aus dem sittlichen, politischen und socialen Leben erlauben wir uns für jetzt noch folgende allgemeine Betrachtungen: Die neuesten liberalen Concessionen deutscher Fürsten sind allesamt vom Volke mehr oder minder erzwungen worden. Erzwungene Verträge haben weder rechtliche noch moralische Gültigkeit und auch keinen natürlichen Bestand. Je weniger der Mensch durch Geburt, Erziehung und Lebensweise, an Unannehmlichkeiten, Veleidigungen und Einschränkungen gewöhnt ist, desto schwerer erträgt, verschmerzt, vergißt er sie; die Fürsten müßten nicht Menschen sein, wenn sie nicht den Augenblick herbeischnitten, geheim und offen fördern und zu erfassen streben, wo sie den Volksgenuß ihrer früheren Macht, Pracht und Herrlichkeit wiederherstellen, die demüthigten Beunruhigten, Beinträchtigten und Mittheilhaber dieser Güter entfernen, bestrafen und ganz unschädlich machen können. Auch diese unsere Meinung findet ihre Begründung in der Geschichte und zwar in der neuesten, in jener der letzten achtzehn Jahre. Wir erinnern hier nur an die ähnlichen Zustände nach der zweiten französischen Revolution, wo die Deutschen, ebenfalls getauscht durch einige Scheinconcessionen, an ein fortaniges Handinhandgehen der Fürsten und der Völker oder gar an ein freiwilliges Zurücktreten der Ersteren glaubten. Und wie wurde diese Hoffnung erfüllt, und die daran geknüpfte Wohlmeinung, Nachsicht und Schonung gelohnt? Eine Reihe land- und leutverderblicher Handlungen des Frankfurter Bundes- oder vielmehr Fürstentags, Verfolgungen aller Art gegen die Wesen und Geistes der Nation und die tief Erniedrigung unsers großen, schönen Vaterlandes nach Innen und nach Außen geben hierauf die Antwort. „Mittem im Siegestraume der Freiheitsfreude“ — schreibt ein damaliger Schriftsteller — „laurerte die Reaktion auf einen günstigen Augenblick, reichte sich in aller Stille Hand, Parole und Waffen, und schlug dem betrunkenen, vom Hambacher Feste heimkehrenden Michel das Bein unter. Die Knutenbände des Gefelbellen machen fortan die Hauptbestandtheile unserer Geschichte aus.“ Auch jetzt wieder, mitten in den Tagen seiner Unmacht, denkt der Absolutismus an sein Aufkommen; nicht im Stande

die Häupter des Volks in die Kerker zu werfen, lockt er sie in die Ministerien, dorthin, wo in notwendiger Alternative die frische, warme Freiheitsliebe im dumpfen Eid der Dienertreue aufgehen muß, wenn sie nicht unredlich wie ein fränkischer Major domus den bedauerlichen Schattenkönig vollends in den Abgrund stoßen will; wo nur zu bald der allen Strebenden innewohnende Drang der Seitenmachung in herrisches Wesen übergeht und zuletzt als all die Frucht der großen Volkserhebung nicht einen Wechsel im System, sondern nur in einigen Formen, nicht andere Menschen, sondern nur geänderte Kleider, anstatt der goldbordierten Ministerstrecken, Staatsräthe im schwarzen Frack ohne „von“ und Orden zeigt. Und schon schleicht, wie nach der Legende der Fürst der Finsterniß hinter dem arglosen Säemann, der verurtheilte Bundesstag hinter dem voranschreitenden deutschen Volke und drückt in jeden selbstständigen Fußtapfen desselben seine eigenen Schuhe ein, in der sichtlichsten Abficht, seiner Zeit die Schritte für seine eigenen auszugeben und die Saat als sein Werk und die Ernte als sein Eigenthum anzuspriechen. Halten wir nur nicht unsere Gegner für weniger klug, als uns selbst! Sie begreifen so gut als wir, daß ein deutsches Reichs-parlament, wenn es ist, was es sein soll, ihrer Herrlichkeit für immer den Gnadenstoß versetzt, und was werden sie, wie schon erwähnt, aus dem einfachen Grunde, weil sie Menschen sind, zu hindern suchen, wenn nicht durch Gewalt, durch List, wenn nicht durch Drohungen, durch gute Worte, Schmeichelei und andern Köder. Wehe dann dem deutschen Volke, wenn es noch einmal am Boden läge. Schaffte würden an die Stelle der Gefängnisse treten; man würde dem Geiste, den die Großen eine Schlange nennen, für alle Zukunft den Kopf zu zerretzen suchen. Dahin soll es nun dieses Mal nicht kommen; wir wollen nimmer abwarten, bis ein ähnlicher Fall, als der von Warschau, der Reaction wieder auf die Weime hilft, ihr Muth und Kraft verleiht, an den Männern des Fortschritts sich zu rächen. Als einziges sicheres Mittel gegen solch namenloses Unglück erkennen wir die Gründung und Festigkeit der deutschen Republik, und diese unsere Erkenntniß wird in diesem gegenwärtigen Augenblicke noch ganz besonders bekräftigt durch die Unmöglichkeit einer Monarchie, durch den gänzllichen Mangel geeigneter Personen, indem wir unter den lebenden Fürsten Deutschlands keinen Einzigen erblicken, der mit vollem Volkvertrauen die Kaiserkrone der Salier und Hohenstaufen tragen könnte. Sollten aber wider unsern Willen dennoch solche Fürsten unter uns vorhanden sein, so könnten dieselben den ersten Beweis ihrer Vaterlandsliebe, des Adels ihrer Gesinnungen und Handlungsweise nach unserm Dafürhalten nur dadurch liefern, daß sie, um einen blutigen Bürgerkrieg zu verhüten, freiwillig vom Thron traten. Sie möchten dann mit ihrem mehrtheils großen Vermögen ins Privatleben, dem ja doch ihre Vorfahren angehörten, friedlich zurücktreten; und, wo Man- ges waltete, würde das gemüthreiche deutsche Volk für seine Landesleute gewiß hinreichende Vorsorge treffen. — Indem wir uns vorbehalten, diesen und die vorangehenden Punkte in einer eigenen, ausführlichen Denkschrift durch eine persönliche Abordnung aus unserer Mitte einer konstituiren Reichsversammlung vorzulegen, zeichnen wir einstweilen mit Wiederholung unserer Bitte und mit der Beteuerung, daß nicht blinde Nachahmungslust des Auslandes, sondern nur reine Vaterlandsliebe, der Anblick unserer Ahnengräber, der Hinblick auf das dunkle Gesicht unserer Kinder, daß nur unser besseres Ich, das Willensbestehen der angeborenen, unveräußerlichen Menschenrechte und die pflichttreue Sorge für minder sprachfertige, jedoch nicht minder als wir das „Jetzt oder Nie“ dieser Tage führende Mitbrüder uns bei diesem Schritte leitet, mit aller Hochachtung

Heidelberg, den 15. März 1848.

(Bremer Ztg.)

Freiberg, 21. März. Soeben geht die Nachricht ein, daß das Schloß Putschstein, was dem Hrn. von Schönberg gehört, von den Bauern in Klausnitz, Kammerswalde etc. mit Niederbrennen bedroht sei. Die Forderungen sind denen so ziemlich gleich, die im sübwesentlichen Deutschland gemacht werden. Herr v. Schönberg hat bereits diesen Abend seine Familie hierher gesüchtet, und auch der Gerichtsdirector und Rentant haben sich entfernt. Es sind nicht die armen brotlosen Drechsler, welche drohen, sondern die Bauern, die, obgleich ihre Forderungen abgelöst sind, die ausschweifendsten Forderungen machen. (D. A. Z.)

Darmstadt, 20. März. Unter dem Einflusse bei der zweiten Kammer befand sich ein Antrag des Abgeordneten Reh, die Staatsregierung zu ersuchen, für baldige Wiederherstellung eines freien Polens zu wirken. Der Antrag wurde von Herrn Reh mit Wärme entwickelt; Abgeordn. Brund hält ihn für noch nicht zeitgemäß, da Deutschland vor Allem des Friedens bedürfte; doch möge man die Sympathie für jenes unglückliche Land durch Erheben von den Sigen ausdrücken, was auch geschah. Reh's Antrag wurde übrigens zur Berichterstattung verwiesen.

Darmstadt, 21. März. Die bei Eröffnung der heutigen Sitzung der zweiten Kammer durch den Hrn. Prälaten Dr. Zimmermann gemachte Mittheilung, daß Se. königliche Hoheit der Erbgroßherzog-Mitregent entschlossen sei, der evangelischen Kirche des Großherzogthums eine Synodalverfassung zu geben, erregte die freudigste Sensation, und es wurde sofort eine Dankadresse beantragt.

Freiburg im Breisgau, 20. März. Wie die Oberheim. Ztg. erzählt, sind die Abg. Straub und Mathy bei ihrer Rückkehr von Stockach einer sehr ernstlichen Demonstration ausgesetzt gewesen, weil sie sich angeblich an die Regierung verkauft und Straub bei der Durchreise in Engen nicht zu dem versammelten Volke gesprochen, sondern sich über die ganze Versammlung wie über einen Spektakel geäußert haben soll. Eine große Menge versammelte sich vor dem Posthause; ein Theil war bewaffnet und stieß die fürchterlichsten Drohungen aus. Zum Glück wurden die beiden Abgeordneten von anderen Reisenden in die Mitte genommen, und in der Dunkelheit von der Menge nicht erkannt; doch wurde dem Eltswagen nachgeschossen. Es schmerzt uns (bemerkte die Oberh. Ztg.), so roh, brutales und durch nichts zu entschuldigendes Aufreten von Bewohnern des Seekreises melden zu müssen, um so mehr, als es nicht der so oft roh gescholtene Bauersmann war, welcher solches Beginnen wagte, sondern die Bewohner einer nicht unbedeutenden Amtsstadt.

Zeitz, 21. März. Seit gestern Abend von 7 bis früh 3 Uhr tobt die größtenteils zerstörung hier. Man hat die Correctionsanstalt erstürmt und außer den Thüren, Fenstern und Laternen über 100 Webestühle zertrümmert, die Möbeln zum Fenster hinausgeworfen und stämmliche Papiere und Akten verbrannt. Von da aus sollte es nach dem Steueramt gehen, doch war die Rote vom Schreien und Schwelgen zu sehr erschöpft und zerstreute sich mit den befreiten Sträflingen. (L. 3.)

Hannover, 22. März. Die Hannoverische Zeitung widmet den folgenden wenigen Zeilen ein ganzes Extrablatt: „Die Verbreitung unehüchlicher Aufregung erregender oder vermehrender Gerüchte läßt es als wünschenswerth erscheinen, vor denselben zu warnen, namentlich auch hierdurch zu erklären: daß der König fortwährend hier ist, hier bleibt, und wiederholt versichert hat — wie wir aus guter Quelle wissen — daß er seine Residenzstadt nicht verlassen werde, so lange er darin für das Wohl der Hannoveraner und die Erhaltung der Ordnung thätig sein kann.“

Hamburg, 21. März. Heute Nacht 2 Uhr ist der Prinz von Preußen mit dem gewöhnlichen Dampfer nach London abgereist, nachdem er sich bis dahin bei dem preussischen General-Konsul aufgehalten oder vielmehr, weil bekannt mit der höchst gereizten Stimmung gegen ihn, verborgen gehalten hatte.

Österreich.

Wien, 24. März. Heute ist kein Kurier aus Mailand und Venedig eingetroffen. Es ist natürlich, daß dies die größte Besorgniß erregt. Man weiß, daß sich in Mailand eine provisorische Volksregierung gebildet hatte, daß sich aber alle Nobilität an die Seite des Marschalls Grafen Radetzky stellten. Der Marschall beschloß hierauf den Palast der Municipalität, also sich diese Regierung inskallirte, zu stürmen. Nach kurzer Zeit war er Meister desselben, so wie aller Positionen. Es werden noch andere Details erzählt und sogar behauptet, Mazzini sei mit 10,000 Piemontesen im Anzug. Allein dies scheint ein leeres Gerücht zu sein. So viel ist nun gewiß, daß Radetzky seinen mit dem gestrigen eingetroffenen Kurier vom 19ten Nachts 12 Uhr geschriebenen Bericht mit dem Besitze endet: „Ich bin Meister der Stadt und werde Mailand und die Lombardie dem Kaiserthume erhalten!“ Seitdem ist kein Kurier eingetroffen. — Der Kurier aus Lemberg, allwo die Konstitution mit großem Jubel proklamirt sein soll, ist heute ebenfalls ausgeblieben. — Der unermüdete Umschwung der Dinge entwickelt hier bereits die Lichtseite eines glücklichen Zustandes. — Gestern Abends traf die Familie des Fürsten Metternich, die sich wohl hier am sichersten wähnt, aus Mähren zurück hier ein. Er selbst scheint von Auschloß zu Schloß herumzuirren, und hat noch keine bleibende Stätte gefunden. Zuletzt war er in Joanosch, einem Schloß der Familie d'Este. Die Familie ist bei der Tochter des Fürsten, der Gräfin Sándor, deren Gemahl in die Nationalgarde getreten ist, abgesehen. — Aus allen Städten der Monarchie folgen sich die Deputationen an die hiesige studirende Jugend. Letztere organisirte sich in ein eigenes Corps unter dem Grafen Mansfeld, Deputirten der Landstände. — Wir genießen fortwährend Ruhe. — Die Juden-Verfolgung in Ungarn dauert nach den heutigen Berichten fort.

P. S. Abends. So eben trifft ein Kurier aus Mailand vom 20ten d. ein. Die Konstitution war allort proklamirt und mit großem Jubel der Bevölkerung aufgenommen worden. Die Faktion, welche eine provisorische Regierung unterstützt hatte, bestand größtentheils aus Fremden. Graf Radetzky hatte die Erziehung der Guardia civica selbst verkündigt. Mailand

war Abends illuminirt. Berichte aus Venedig lauten günstig.

Ueber die von einem unserer Wiener Korrespondenten gemeldeten Ereignisse zu Mailand (s. gest. Bresl. Ztg.) berichtet ein Augenzeuge in der Wiener Zeitung folgendermaßen: Am 18. März 1848 war die allgemeine Spannung in Betreff der Erwartungen, die einige vorausgegangene Nachrichten aus Wien erregt, sehr groß, die Ruhe selbst aber bis dahin nicht gestört. Das kaiserliche Patent vom 15. März 1848 wegen Verleihung der Konstitution war noch nicht bekannt. Die Polizeibehörde und die Militärmacht hatten ihre Vorrichtungen ohne irgend eine auffallende Vorbereitung getroffen. Das Volk erschien zahlreich in den Gassen und blieb, da Alles einen friedlichen Anschein hatte, ganz ungestört. Um 1 Uhr Mittags wurden die Massen bewegt, und mit Schlag 2 Uhr wurde mit vielen Glocken Sturm geläutet, worauf der Ober-Befehlshaber der Truppen das Castell bezog. Der dem Subernium vorgesezte Subernial-Vize-Präsident, Graf Dönnel, versammelte zu einer Berathung die lombardische Central-Congregation. Bald aber stürzte die Volksmasse, sehr gut, zum Theile mit ganz neuen noch rohen Gewehren bewaffnet, in das Subernialgebäude, überwältigte die dort aufgestellte Wache, drang in das Innere des Gebäudes, und richtete daselbst bedeutende Verheerungen an. Zur Befestigung der anstürmenden Menge wurden einige kurze gedruckte Kundmachungen hinausgegeben, allein ohne Erfolg, bis ein in Eile gedruckter Aufruf ohne legale Form erschien, in welchem die Niederlegung einer provisorischen Regierung und die Aufhebung der Polizeibehörde erklärt wurde. Als diese Anzeichen des Widerstandes hervorgekommen waren, verließen die Truppen das Castell, um in der Stadt Ruhe und Ordnung herzustellen. Die Strafen waren jedoch schon theilweise verabschiedet, und es mußten diese Barrikaden mittelst Kanonen zerstört werden. Die Truppen fanden großentheils hartnäckigen Widerstand, und sie konnten selbst über die Anforderung des Podesta, es möchte die Beschießung der Stadt einer Guardia civica überlassen werden, nicht von dem kräftigen Vorgehen zurückgehalten werden, weil sich in dem vorerwähnten Proklam zu einer provisorischen Regierung, das Vorhandensein eines den Aufseher leitenden Comité erkennen ließ. — Der Ober-Befehlshaber Graf Radetzky beschloß daher, mit Gewalt der Waffen die Ordnung herzustellen, was ihm auch vollends gelang, nachdem nach hartnäckigem Kampfe das Municipal-Gebäude erstürmt und die Mitglieder des obgedachten Comité zerstört worden sind. Am 18. März Abends um 10 Uhr, bis wohin unsere Nachrichten reichen, waren die Gassen Mailands vom Volke geleert, und die Ruhe, wenn gleich mit schweren Opfern, wieder hergestellt.

In der Absicht, die Verbreitung und Vervollkommnung des Volks-Unterrichtes, so wie die vollständigere Entwicklung wissenschaftlicher, technischer und artistischer Studien zu befördern; haben Sr. Majestät der Kaiser die Errichtung eines eigenen Ministeriums des öffentlichen Unterrichtes zu beschließen geruht. (Wiener Z.)

Was von vielen Seiten befürchtet und was in Nr. 70 der Bresl. Ztg. ausgesprochen wurde, daß die alte Zwietracht zwischen den beiden mächtigsten deutschen Staaten (Preußen und Oesterreich) wieder geweckt werden könne, wenn Preußen aus eigener Machtvollkommenheit die Hegemonie über Deutschland ergreife, scheint leider eintreffen zu wollen, wenn wir das (bisher) amtliche Blatt, „die Wiener Zeitung“ als ein Organ der öffentlichen Meinung Oesterreichs gelten lassen wollen. Dieses Blatt zieht mit großer Leidenschaftlichkeit gegen die Proklamation unseres Königs: „an mein Volk und an die deutsche Nation,“ d. d. Berlin, 21. März, zu Felde. Wie unsern Lesern bereits bekannt und wie wir am Schlusse dieses Artikels wiederholen werden, ist die Proklamation auch in Berlin vielfach mißverstanden und vom Könige selbst bei seinem Umzuge durch die Straßen Berlins am 21. März erläutert worden. Zunächst lassen wir eine Stelle der Wiener Zeitung, um den Eindruck der Proklamation in der Kaiserstadt darzulegen, hier folgen: „Wir haben schon aus dem in unserm gestrigen Abendblatte mitgetheilten Patente des Königs von Preußen die Besorgniß herausgesehen, sich durch Oesterreichs Erwachen das langgestrebte Primat Deutschlands aus den Händen gleiten zu sehen. Heute ist Preußen schon einen Schritt weiter gegangen. Sein König nimmt das Primat Deutschlands auf kurzem Wege förmlich in Besitz. „Ich übernehme diese Leistung für die Tage der Gefahr.“ — Wer hat den König von Preußen dazu berufen? Wir meinen eben nur er selbst. Hoffentlich hat bei der Sache auch das übrige Deutschland, hat namentlich Oesterreich, das mit dem 15. März friedlich in die deutsche Staatenfamilie eingetreten, hat der Bund, der nach drei und dreißig-jährigem Schloße endlich zu wahren Leben erwacht, auch ein Wörtchen mitzureden. Was sollen die geschräubten Worte: „Ich beabsichtige in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses (preussischen) Landtages zu einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammen zu treten.“

Ist nicht der Bundestag, dessen Reform allen Nachzichten zufolge, kräftig in Angriff genommen ist, und der in jedem Augenblicke provisorisch mit vollstimmlichen Elementen besetzt werden kann, die Versammlung, wo Deutschlands gemeinsame Angelegenheiten zu berathen sind? Will man neben dem Bunde ein deutsches Winkel-Parlament improvisiren? Und welche soll die Stellung der „Fürsten und Stände“ zu den „Regenten“ des preussischen Landtages sein? Soll etwa der letztere jene anderen Elemente in sich absorbiren? Soll vielleicht das „Preußen geht in Deutschland auf“ umgekehrt zur Wahrheit werden? Kurz, sollen wir vielleicht eines schönen Morgens gewahr werden, daß das deutsche Königthum seit dem 21. März ein fait accompli ist? — Mein Gott, man will an unsere Mündigkeit noch immer nicht recht glauben, man rechnet doch immer auf unsern „beschränkten Unterthanen-Verstand.“ Aber Deutschland ist wach, wach und auf seiner Huth; und auch der österreichische Leu schüttelt seine Mähnen. Wir freuen uns herzlich, wenn Preußen, das gleich uns so lange und vergeblich nach konstitutioneller Freiheit gerungen, sich an Deutschland, an das freie Deutschland vom Jahre 1848 innig und aufrichtig anschließt; Deutschland wird es wie uns als lang verzerrt, doch immer geliebte Brüder freundlich und herzlich aufnehmen; aber es wäre nur der Weg, sich das ermahnende Vertrauen des Gesamtvaterlandes gleich im ersten Augenblicke wieder zu verschmerzen, wollte man ihm mit ähnlichen schiedt verüllten Entgegnungen, wie sie die vorstehende Ansprache des Königs von Preußen birgt. — Wir übergehen die weiteren Raisonnements des genannten Blattes, welches sogar zu perfiden Mitteln greift, indem es die telegraphische Nachricht der französischen Regierung, daß der König von Preußen nach Spandau zc. geflohen sein soll, für seine Angriffe benützt, statt sich aus direkter Quelle zu unterrichten und derselben Glauben zu schenken. Wir haben noch auf die bekannten Worte des Königs hinweisen wollen. Derselbe sagte am 21. März zum Volke: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einheit berufen fühle, ich schwöre zu Gott, daß ich keine Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß gesichert werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen konstitutionellen deutschen Verfassung.“ Ferner als einer der Bürger in der Nähe der Königswache rief: „Es lebe der Kaiser von Deutschland“, erwiderte der König unwillig: „Nicht doch, das will, das mag ich nicht!“ Zu den Studirenden sprach er: „Ich trage Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit Nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott (hier erhob der König seine Rechte gen Himmel). Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen, und der Wille des Volkes mich unterstützen werden. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit.“

Krakau, 24. März. Die Gazeta Krakowska enthält in ihrer heutigen Nummer einen eingefandten Artikel, der in mehr als einer Beziehung Berücksichtigung und Beherzigung verdient. Es wird in ihm die Frage abgehandelt, ob eine Nationalgarde errichtet werden soll oder nicht. Diese Frage beschäftigt hier alle Gemüther in hohem Grade, und es ist sonach jedes Wort über dieselbe für die hiesige Einwohnerschaft von hohem Interesse. Mit den Ansichten, die der Einsender dargelegt hat, können wir insofern nicht einverstanden sein, als er die Nationalgarde für ein nicht notwendiges Institut erklärt. Er macht uns aber auf eine Gefahr aufmerksam, die uns freilich nicht unerwartet kommt. Oesterreich ist durch die Verleihung der Konstitution, ein Gegner des Despotismus, also auch seines einzigen Vertreters, Rußlands, geworden. Dieses ist der natürliche Feind einer jeden liberalen Regierung, und wir wissen es nur zu gut, daß es auf eine Gelegenheit lauert, um seinen Unmuth über die neue Ordnung in europäischer Westen dadurch an den Tag zu legen, daß es seine asiatischen Horden zunächst in seine Nachbarländer ausenden kann. Diese Gelegenheit sucht es jetzt selbst herbeizuführen, da die polnische Bevölkerung von Krakau in ihrem eigenen wohlüberlegten Interesse jede gewaltsame Aufhebung gegen die österreichische Regierung zu vermeiden sucht. Rußland hat daher den Chef seiner geheimen Polizei in unsere Mitte gesandt, der aber glücklicher Weise in allen seinen Verkleidungen erkannt wurde; so daß seine Bemühungen Unzufriedenheit in unserer Einwohnerschaft zu erregen, durchaus vergebens sind. Sener Einsender spricht daher auch folgende Worte aus, die mit Recht als Ausdruck der Stimmung der Krakauer Einwohnerschaft gelten können: „Unser eigenes Interesse gebietet uns,

daß wir uns innig mit der gegenwärtigen Regierung vereinigen und sie unterstützen, damit die Kräfte von ganz Europa sich verbinden können den Unterdrücker der Freiheit und Civilisation, der jetzt schon Krieg den liberalen Institutionen ansagt, welche sich alle Völker mit unzähligen Opfern erkämpfen.“ — Aus Larnow wird derselben Zeitung unter dem 20. März geschrieben, daß dasselbst, gleich nach Ankunft der Nachricht, daß in Krakau die politischen Gefangenen befreit sind, die Einwohner von Larnow von dem Kreisshauptmann verlangten, daß er ebenfalls die Gefangenen, die nach Brünn bestimmt waren, freilasse. Am Abend war die Stadt illuminirt, und das versammelte Volk jauchzte laut über die ihm gewordenen Vergünstigungen. Den folgenden Tag versammelten sich die Gutsbesitzer unter dem Vorsitz des Fürsten Sanguszko und des Marschalls Alexander Marynowski. Sie faßten den Beschluß, daß sie auf den Frohndienst freiwillig verzichten, und einigen sich dahin, den Kreisshauptmann zu ersuchen, daß er den Kreiskommissären in Betreff des Verfahrens gegen die Bauern eine dem entsprechende Instruction ertheile, und daß er das gegen sie beobachtete, einer konstitutionellen Regierung völlig unwürdige Verfahren sofort stille. Den Abgeordneten des Bauernlandes, welche von der Regierung Hilfe gegen die Edelleute verlangten, erklärte jene Versammlung, daß jetzt durch die Constitution alle Stände, also auch die Edelleute und Bauern durch die Bande der Brüderlichkeit mit einander verbunden seien, und daß jetzt die Beamten bloß Wächter der öffentlichen Ruhe und Ordnung seien, und daß überhaupt keine falschen Gerichte zur Aufreißung der Stände gegen einander verbreitet werden. Dasselbe Verfallmuth der Edelleute gab endlich den Bauern die Versicherung, daß sie ihnen die von ihnen vollbrachten Mordthaten und andere Gräuelt verzeihen. Die Stadt Larnow ist ruhig, nur zwei allgemein verhafteten Personen wurden die Fenster eingeworfen.

Rußland.

Petersburg, 15. März. Die Pacific Ereignisse sind hier erst seit zehn Tagen offiziell bekannt geworden und schon gewinnt Alles bei uns eine sehr kriegerische Stellung. Alle auf Urlaub, determinirt oder nicht, sich befindenden Krieger haben sich unsehlbar zum 1/13. April bei ihren Corps zum activen Dienst zu melden. So eben nur ist die im September angeordnete Rekrutierung, die zur Kompletirung des Heeres in jedem Jahre eine der zwei Hälften des großen Reichs trifft, diesmal aber wegen der überall grassirenden, jetzt allmählig aufhörenden Cholera ungewöhnlich lange verzögert ward, völlig vollzogen worden. Die Rekruten mit den jetzt wieder einberufenen Reservisten möchten, ohne sehr zu irren, der activen Armee eine Verstärkung von 300,000 Streitern, wo nicht darüber, zubringen. Sobald sich diese in ihren Corps formirt und der Armee angeschlossen haben, wird sehr wahrscheinlich und unzweifelhaft noch vor Ablauf des April ein Theil der letzten mobil gemacht werden und sich im südlichen Polen an der Grenze Schlesiens und Böhmens (?) concentriren. Daß auch die Gardes dieser Bestimmung zu folgen haben werden, ist nicht zu bezweifeln, da der Monarch ihnen persönlich vor einigen Tagen auf der Wachtparade zum nächstzu erwartenden Feldzuge gratulirte. Immer aber wird Rußland vor der Entscheidung Preussens keinen Krieg gegen Frankreich unternehmen; es wird selbstthätig in dieser neuen großen europäischen Angelegenheit nicht auftreten. In diesem Sinne spricht sich auch der höchste Ukas vom 8. d. über die Einberufung der Reservisten aus. Sehr schwierig dürfte uns jetzt nach einem fast 35jährigen europäischen Frieden die Wahl eines tüchtigen Oberbefehlshabers für dieses kampferprobteste Truppenkorps werden. Unsere beiden greifen Feldmarschälle, die Fürsten Woronzoff und Paskewitsch, qualifiziren sich für diese Aufgabe nicht; völlig betraut mit ihren gegenwärtigen Verhältnissen, müssen sie für diese erhalten werden, wo sich gleichfalls große Geschicke in der nächsten Zukunft vorbereiten könnten. Graf Rüdiger, einer unserer ausgezeichnetsten Korpschefs — als solcher bewährte er sich uns im letzten polnischen Insurrektionskriege, nicht minder im März 1846 bei der russischen Occupation Krakaus — noch in einer sehr kraftvollen Lebensperiode stehend, der gegenwärtig ein Armeekorps in Polen unter dem Feldmarschall Paskewitsch befehligt, paßt in der Stimme des Publikums — und diese hat schon oft in den Weltgeschicken für höhere göttliche Eingebung gegolten — für den würdigsten zu diesem Berufe. — Die nahe Perspektive zur Eröffnung eines so lang ersehnten neuen Feldzuges nach einem vieljährigen unthätigen Garnisonleben erfreut unsere Krieger aller Grade ungemein, besetzt sie mit Muth und der gewissen Aussicht zu neuen heroischen Auszeichnungen, zu den ihnen entsprechenden Belohnungen. Das seit einigen Tagen plötzlich hier eingetretene Thauwetter hat die Heerstraßen völlig verdorben, in Folge welcher auch die ausländischen Posten ihre Ankunft hier sehr verzögern und die Ungeand des Publikums, das auf Nachrichten vom westlichen Europa sehr schichtig ist, hart, oft einer sehr harten Prüfung unterwerfen. — Mit angstvoller Besorgniß sehen wir jetzt hier einer Entscheidung

von Frankreichs neuen Machthabern über das Darlehen von 50 Millionen Fr. entgegen, das der Kaiser im vergangenen Frühjahr der jetzt gestürzten französischen Königsregierung zum Getreideankaufe des damals hungerenden Frankreichs in unsern Seehäfen so großmüthig zukommen ließ. Daran sind auch unsere Nationalinteressen geknüpft, denn es wurde den in den Gewölben der hiesigen St.-Peter-Pauls-Festung zur Garantie der im Publicum rullenden Kreditheine deponirten Barsummen entnommen. (D. A. Z.)

*** Warschau, 21. März. Der Administrations-Rath hat bereits auf Grund des von mir bereits mitgetheilten Ukases vom 1. Februar, die nöthigen Einleitungen zur Einführung des russischen Maßes und Gewichtes getroffen, und dieserhalb die betreffenden Anordnungen den einzelnen Ortsbehörden mitgetheilt. Die Einheit im Längenmaße soll die Klafter sein, die gleich ist der Platinklafter in der Peterburger Feste. Eine Klafter ist = 7 Fuß = 84 Zoll = 840 Linien. Als Einheit des Wegemaßes ist die Werst anzusehen. Einheit im Flächenmaße soll die Quadratklafter sein, welche der Längenklafter entsprechend, in Quadrat-Fuß, Quadrat-Zoll und Quadrat-Linien getheilt wird. Beim Kubik-Maß wird eine dreifache Maß-Einheit unterschieden: 1) für feste Körper: die Kubik-Klafter mit Kubik-Fuß 1.; 2) für Körner: der Eschetwert = 8 Eschetwert = 64 Garnie; 3) für flüssige Körper: der Eimer (wiadro) = 10 Krüge = 100 Garki. Die Maßeinheit im Gewichte ist der Pud, welcher gleich ist 40 Pfund = 3,840 Solotnik = 368,640 Dol.

Frankreich.

* Paris, 21. März. Jeder Morgen bringt uns neue Arbeits-Organisations- und Finanzpläne, die aber meistens nicht den Tag überleben. Inmitten dieses allgemeinen Plagregens schreitet die provisorische Regierung ruhig vorwärts. Sie deliberirt in diesem Augenblick, über einen Schritt von unendlicher Wichtigkeit. Alle Aktien-Unternehmungen d. h. alles kollektive Eigenthum, bestche es in Eisenbahnen, Minen oder sonstigen industriellen Unternehmungen, soll vom Staate angekauft und von dem Proletariat gemeinschaftlich benutz werden! Der Finanzminister hält die bedeutendsten Eigenthümer der französischen Finanzwelt um sich versammelt, und die Bedingungen dieses riesigen, und in der Dekonomie der Nationen einzig dastehenden Vertrages festzustellen. — Um die Circulation des baaren Geldes zu fördern, hat eine Vereinsversammlung der ersten Wechselbeschlüssen: für 1000 Franken baar 2 1/2 Fr. Agio zu zahlen und sie wieder gegen 5 Fr. zu verkaufen. Die H. H. Montaur, Saint Paul und Destouche stehen an der Spitze. — Der alte berühmte Jakobinerklub, rue de Seine-St. Germain Nr. 51, ist wieder ins Leben getreten. — Die gesammte Tagespresse sieht den Berichten aus Wien und Berlin mit großer Neugier entgegen. Die Berliner Abendblätter vom 18. März sind in Paris nicht eingetroffen. — Herr Rothschild stazete mit seinen Brüdern aus London und Frankfurt dem neuen Polizeipräsidenten, Cauffidiere, einen Besuch ab, in welchem er ihn versicherte, daß es durchaus nicht seine Absicht sei, Paris, oder wie Gerüchte an der Londoner Börse lauten, ganz Frankreich zu verlassen und seine Geschäfte zu liquidiren. Im Gegentheile werde er alle seine Verträge mit Frankreich pünktlich erfüllen und sich der Republik gegenüber wo möglich noch ergiebener beweisen, als jeder früheren Regierungsform gegenüber.

Ueber den Einbruch der Wiener Revolution in Paris (s. gest. Bresl. Ztg.) schreibt man der Berliner Zeitungshalle: „Paris 20. März. Die Nachricht von dem in Wien am 13. März erfolgten Volkssturm kam gestern Vormittags 11 Uhr in einer Extra-Beilage der Berliner Zeitungshalle hier an. Das regnerische und trübe Wetter der letzten Tage hatte jede telegraphische Mittheilung unmöglich gemacht und so mußte selbst die prov. Regierung nichts. Die Art und Weise, wie dieses große europäische Ereigniß: der Sturz Metternichs und seines Systems, in Paris bekannt wurde, verdient ihrer Deignialität wegen mitgetheilt zu werden. Der Club der deutschen Demokraten, der sich als Legion von 20 Kompagnien von je 2 Sectionen zu 50 Mann mit selbstgewählten Führern konstituirte, um falls die Reaction oder fremde Einmischung es irgendwo in Deutschland versuchen sollte, die erst errungene Freiheit wieder zu gefährden, sogleich als organisiertes Frei-Corps den deutschen Brüdern zu Hilfe zu eilen, war eben beim Exerciren auf der Ebene von Monceau. Dortin wurde durch Comité-Mitglieder sogleich die wichtige Nachricht aus Wien gebracht und mit donnerndem Jubel empfangen. Man beschloß sogleich, die Nachricht in ganz Paris zu verkünden, da sie sonst erst durch die Abend-Journale gebracht worden wäre. Alle Anstalten wurden sogleich getroffen und der Zug setzte sich um 2 Uhr von der Ebene von Monceau herab in Bewegung. Da es Sonntag war und das Wetter sich aufgeklärt hatte, wimmelte es von Menschen. Man kann sich keinen Begriff von dem enthusiastischen Jubel der Franzosen machen, als sie so die erste Kunde von dem großen Ereigniß erhielten.

Ein Comité = Mitglied stieg auf einen Stein, las in französischer Sprache die Nachrichten aus Wien vor und brachte dann ein Vivat auf den Untergang der heiligen Allianz des Absolutismus und die nun entstehende heilige Allianz der Völker aus, welches unter allgemeinem Jubel wiederholt ward. Polen kamen gestürzt, Italiener, Ungarn — Alle wollten kaum ihren Ohren trauen, — und als sie nun erfuhren, daß Alles wirklich und wahr sei, da fiel man sich in die Arme, man drückte und küßte sich; Thränen standen in Aller Augen: es war ein großer feierlicher Augenblick. — Vor lauter Reden, Vivats, zugeworfenen Blumen etc. kam der Zug nur langsam vom Flecke und erreichte so erst um 6 Uhr das Stadthaus, wo schon eine unabhsehbare Menschenmenge den Grève-Platz deckte. Die Deputation ward von dem Volk mit den beständigen Jubelsufen: Vive l'Allemagne! Vive l'Autriche! Vive la Pologne! Vive la sainte alliance des peuples! Vive la République universelle! begrüßt und von dem General-Sekretär der provisorischen Regierung, Bürger Pagnerre, empfangen. Mit wenigen Worten erklärte ihm die Deputation; sie habe sich unwiderstehlich gedrängt gefühlt, der Regierung Frankreichs zu einem Ereignisse Glück zu wünschen, das nicht nur den Absolutismus in Europa für immer bricht, sondern das auch den Krieg unmöglich macht. Sobald alle Völker frei seien, würden sie sich auch nicht mehr bekriegen, und dem Despotismus sei der Krieg stets Mittel oder Zweck. — Der Bürger Pagnerre antwortete: Frankreich habe es am Abend des 24. Februar wohl begriffen, daß der Sieg dieses Tages nicht nur dem französischen Volke, sondern auch allen Völkern die Freiheit gebracht habe. Mit Freuden hätte man in Frankreich gesehen, mit welcher Energie und Kraft die deutschen Völker sich für ihre Freiheit erhoben hätten, und Frankreich rufe seinen deutschen Brüdern jubelnd zu: „Seid groß! seid stark! seid frei!“ — Nach mehreren Reden setzte sich der Zug wieder in Bewegung nach dem Place du Chatelet, wo er sich auf Kommando auflöste.“

Großbritannien.

* London, 20. März. In Belfast sind einige Unruhen ausgebrochen. Man wollte die Republik proclamiren. — Louis Philipp und Herzog Wellington hatten eine Unterredung mit einander. — Von allen Blättern ist die Morning-Post das drohligste wegen seines unübersehbaren Jornes gegen die französische Republik. Sie wird von ihm als ein Hüllenpflanz dargestellt, aus dem alles Unheil in der Welt entspringe u. s. w. — Die Admiralität hat befohlen, die Truppen und Mannschaften aus den Kriegsschiffen zu vermehren.

Dem neuen Blatt „London Telegraph“ vom 20. zufolge sind über 360,000 Pfd. Sterl. im Begriff, für Rechnung der Pariser Bank eingeschifft zu werden.

Am 20. Brümäre des J. VIII. hatte die französische Republik 167,000 Francs in der Staatskassa, 1814, als Napoleon abankte, war sie noch leerer, und hatte noch obendrein 1 Milliarde Schulden, welche die Bourbonen bezahlen mußten. 1793 und 1795 kurzten für 20 Milliarden Assignaten oder Papiergeld, während die Güter des Staats kaum die Hälfte galten. Und doch hatte sie 14 Armeen zu ernähren!... Man sieht, die jetzige Krisis hat gar nichts zu sagen. Kein Mensch beunruhigt Frankreich, und sie geht sehr bald vorüber! (Herald.)

Portugal.

* Lissabon, 13. März. Die Aufregung ist ungemain. Die Miguelisten und Pestrebristen heben das Haupt täglich höher, und die Königin D. Maria ließ bereits den Lord Seymour, den der Hof früher seyn von sich hielt, zu sich rufen, um sich eventuell in Englands Arme werfen zu können. — Gestern langten die Prinzen Joinville und Amale von Algier hier an, dinicten bei Hofe, und setzten ihre Fahrt heute nach London fort.

Italien.

□ Rom, 15. März. Frohlocken überall. Das Staatsgrundgesetz ist erschienen. Die Hauptsachen sind folgende. Die gesetzgebende Gewalt liegt in den Händen 1) eines hohen Rathes, dessen Mitglieder der Paps auf Lebenszeit aus den Prälaten, den höchsten Civil- und Militärbesamten, den Senatoren von Rom und Bologna, den Besthern von 4000 Scudi jährlicher Einkünfte von steuerbarem Kapital, endlich aus denen ernannt, die sich um Wissenschaft und Kunst besonders verdient gemacht haben; 2) einer Deputirtenkammer. Zu dieser ist wählbar, wer einen Census von 3000 Scudi Kapital besitzt oder 100 Scudi Steuern zahlt, die Mitglieder der verschiedenen Kollegien und Fakultäten zu Rom und Bologna und der Lehrcollegien, die Advokaten und Procuratoren des Appellhofes. Wähler sind die Besther eines steuerbaren Vermögens von 300 Scudi, oder die, welche 12 Scudi direkte Steuern bezahlen, die Graduirten auf den inländischen Universitäten. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich, sie selbst besorgen den Druck ihrer Verhandlungen und wählen ihre Präsidenten und Sekretäre. Vor ihr Forum gehören alle Gesetze und alle

Steuern, ihnen wird jährlich der Finanzetat vorgelegt; nur geistliche Angelegenheiten des In- und Auslandes sind ausgeschlossen, ebenso Anträge auf Aenderung des Grundgesetzes. 3) Die Annahme oder Verwerfung der Gesetze gehört dem Papst, der sich darüber mit dem heil. Collegium der Cardinäle beräth, das ihm als beständiger Senat zur Seite steht. Von allen drei Gewalten können Gesetzesvorschlüge ausgehen, vom Papst aus durch seine Minister, die verantwortlich sind. Die Abfassung der Gesetze und Verordnungen besorgt ein Staatsrath von 10 Räten und bis 24 Auditori. — Vor dem Gesetze ist Jeder gleich. Die Richter sind unabsetzbar, und können nur in gleiche oder höhere Stellen versetzt werden. Außerordentliche Gerichte können nicht gebildet werden. Die persönliche Freiheit ist garantirt, die Ausnahmefälle zeichnet das Gesetz vor, das auch Polizei- und Präventivmaßregeln genau ordnet. Jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden dem ordentlichen Gerichte übergeben werden. — Die Presse ist frei, nur die geistliche Censur bleibt, so lange der Papst nicht anders darüber bestimmt, ebenso die Censur der öffentlichen Schauspiele. Das literarische Eigenthum ist geschützt. Die öffentliche Schuld und die anderen Verpflichtungen des Staats, so wie auch das Eigenthum des Einzelnen sind garantirt. Zu den Steuern tragen alle Bürger, auch alle Korporationen bei. Die Steuerfreiheit der Geistlichen wird zu dem Zwecke der Papst durch ein besonderes Gesetz aufgehoben. — Die Civilliste beträgt nur 600000 Scudi, außer einigen kleinen Einnahmen; sie trägt die Kosten für Besoldung der Cardinäle, Minister, Gesandten, der päpstlichen Garde, der päpstlichen Hofbeamten, für Erhaltung und Beaufsichtigung der päpstlichen Palläste mit ihren Museen und Bibliotheken, für die kirchlichen Funktionen des Papstes. — (Eine wahrhafte winzige Summe dafür!) Für außerordentliche Fälle wird ein Reservefonds gebildet. — Angekündigt ist das Wahl- und das Preßgesetz. Den Kammern soll zunächst vorgelegt werden: das Bildergesetz für 1849; die Gesetze über die Municipal- und Provinzialverwaltung, die neuen Gesetzbücher für Polizei, Civil- und Kriminalrecht, und die Prozeßordnung; das Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister und über die Beamten. — Das Grundgesetz, das in einer Bulle niedergelegt werden soll, tritt bei Eröffnung der Kammern, spätestens den ersten Montag im Juni in Kraft; 20 Tage vorher soll die jetzige Staatskonstitution aufhören. — Sogleich nach Bekanntmachung dieses Gesetzes, um Mittag, webten überall Fahnen und Teppiche aus Fenstern und Balkons. Nachmittags vereinten sich viele Schaa ren junger und alter Männer mit der dreifarbigten Kokarde und vielen Fahnen mit der Ewica, um dem Papst auf dem Quirinal zu danken. Auch fünf Damen marschirten mit, und trugen Fahnen. Die Musik spielte die Hymne auf Pius IX. Zahlreiche Wagen folgten. Der Papst, sehr zufrieden aussehend, sprach, oder sang vielmehr vom Altan des Palastes herab den Segen, die Garde, zu 8000 Mann anwesend, erhob die Helme auf den Bajonnetten, heilige Stille herrschte, — und jubelnd zog die Menge heim. Abends strahlten die Straßen in prächtigster Beleuchtung, die sich heut wiederholen wird.

Lokales und Provinzielles.

Erklärung.

Wir fühlen uns veranlaßt, in ausführlicherer Weise, als dies durch den Bericht an unsere Committenten, die städtischen Behörden von Breslau, d. d. den 22. d. M. geschehen ist, die Gründe hervorzuheben, aus denen unser Antrag bei Sr. Majestät im Einverständniß mit den gedachten Committenten herangezogen:

Das von der Krone verheißene, volksthümliche, alle Interessen vertretende Wahlgesetz behufs der Bildung der Nationalversammlung ohne vorgängigen Beirath des vereinigten Landtages zu erlassen und überhaupt von jeder Berathung mit letzterem über die Umgestaltung unserer staatlichen Verhältnisse abzusehen.

Diese Gründe sind folgende:

Die durch das Patent vom 3. Februar 1847 begründete Institution des vereinigten Landtages wird von dem bei weitem größten Theile des Landes als nicht zureichend angesehen; wir erinnern hierbei an die Protestationen aller freimüthigen Mitglieder des vereinigten Landtages. Dieser spricht, abgesehen hiervon, nach seiner Zusammensetzung nicht die Stimme des ganzen Volkes, sondern nur die der Grundbesitzer aus, u. so wenig als die Institution des vereinigten Landtages selbst, hat sein Wirken den Beifall der Nation erhalten.

Der ganzen Institution, bereits vielfach durchlöchert, fehlt nicht nur das Vertrauen der Nation, sondern sie liegt auch in grauer Ferne hinter den ungeheuren Ereignissen der heutigen Tage.

Solchen Elementen kann unmöglich das Geschick Deutschlands anvertraut werden.

Dies beabsichtigt aber die Proclamation vom 21. März. In dieser erklärt Sr. Maj., daß sich als Mittel und geistliches Organ für die Rettung und Bruchigung Deutschlands der auf den 2. April einberufene Landtag darbiete; Sr. Majestät beabsichtige, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtags zu einer gemeinsamen Versammlung zusammen zu treten und in dieser deutschen Stände-Versammlung die Geschicke Deutschlands zu ordnen.

Es erscheint uns zweifellos, daß der große und von jedem deutschen Patrioten mit hoher Freude vernommene Gedanke, die Gründung eines neuen Deutschlands durch eine deutsche Ständeversammlung zu berathen, nimmermehr zur Ausführung kommen wird, wenn man den süddeutschen, mit freieren konstitutionellen Formen versehenen Staaten die Anforderung stellt, mit Mitgliedern des geschilderten vereinigten Landtags zu berathen. Eben so wenig kann Preußen selbst hierauf eingehen. Eine konstituierende Versammlung muß aus Deputirten bestehen, die den Volkswillen und nicht vereinzelte Interessen vertreten.

Dies der erste und Hauptgrund, wegen dessen wir uns nach Möglichkeit gegen die Einberufung des vereinigten Landtages und dagegen für sofortige Emanirung eines Wahlgesetzes und sofortige Einberufung einer preussischen konstituierenden Versammlung auf Grund dieses Wahlgesetzes bestimmen. Mit Deputirten einer solchen neugebildeten preussischen Volksvertretung wird Deutschland freudig unterhandeln, mit Deputirten des vereinigten Landtages nie.

Wir sind überzeugt, hierin die Ansichten Deutschlands getroffen zu haben.

Aber auch abgesehen von dieser allgemeinen deutschen Interessen, kann das Geschick Preußens, insbesondere sein Wahlgesetz dem oben geschilderten vereinigten Landtage nicht anvertraut werden.

Diese verheißene Umgestaltung aller preussischen Staatsverhältnisse wird sich nur in dem einen Falle mit Ruhe und Ordnung entwickeln, wenn sie in Gerechtigkeit vor sich geht, das heißt, wenn dabei die Stimme aller Volksklassen gehört und berücksichtigt wird. Dies wäre nicht der Fall, wenn das Wahlgesetz vom vereinigten Landtage berathen werden sollte. Die herrliche Zufage würde mindestens von vorn herein dem Preußen verdächtigt werden; dies darf nicht geschehen. In diesem Momente erwartet man mit allem Rechte von der vertrauensvollen Hingebung, welche die Krone dem Volke bereift, ein völlig freisinniges Wahlgesetz und es muß daher selbst der Verdacht der Ueberwollenen vermieden werden, als werde dessen Berathung vom vereinigten Landtag deshalb beliebt, um in dessen Erklärungen für gewünschte Modifikationen der gegebenen Zusagen einen gesetzlichen Vorwand zu haben.

Diesen Gründen für sofortige Emanirung des Wahlgesetzes tritt die große Zeitersparung hinzu, die in jetziger Zeit, wo Tage, Jahre, gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Preußen und Deutschland müssen, so bald als irgend möglich gerüstet stehen; die Rüstung aber bilde die ins Leben getretenen verheißenen Institutionen.

Gegen alle diese wichtigen Gründe können die uns mitgetheilten Gegengründe nach unserem Dafürhalten nicht in Betracht kommen.

Man behauptet, es sehe Sr. Majestät nicht das Recht zu, das Wahlgesetz ohne vereinigten Landtag zu erlassen. Dies setzt zunächst das von uns in Rede gekelte Zurechtbestehen der Patengesetzgebung vom 3. Februar v. J. voraus. Es stügt sich überdies dieser Einwand ferner lediglich auf formelles Recht und ignoriert das materielle Recht; er übersieht selbst bei vorausgesetzter Richtigkeit desselben, daß Guthandeln dem Volke höher steht, als Gesetzlich handeln; daß der Drang der Ereignisse mit Ulgewalt gebietet, sich des kleinlichen Anklamerns an gesetzliche, den Zeitverhältnissen widersprechende, Formen mannhaft zu entheben und daß sich das Volk zwar gegen eine Verkümmern seiner Rechte stemmt, aber noch niemals darüber gegrollt hat, wenn ihm von der Krone neue Rechte ertheilt worden.

Breslau, den 25. März 1848.

Abegg, geh. Regierungsrath. H. Simon, Stadtgerichtsrath a. D. Dr. Stein, Kopisch, Kaufmann und Stadtverordneter. Tschöde, Maurermeister und Stadtverordneter. Hipats, Pfefferküchler und Stadtverordneter. Schreiber, Kaufmann und Stadtverordneter. Siebig, Holzhändler und Stadtverordneter. Linderer, Zahnarzt und Stadtverordneter. Becker, Stadtrath. Theinert, Stadtrath. v. Weigel, Rittergutsbesitzer. Laßwitz, Kaufmann.

△ Breslau, 25. März. Die hiesigen städtischen Behörden haben bekanntlich in der gestrigen Zeitung an das gesammte Vaterland die Aufforderung ergoßen lassen, durch schleunige, an den Thron niederzuliegende Erklärungen sich über den Beirath zu dem von der Breslauer Deputation dem Könige gestellten Antrage

auszusprechen. Dagegen beschloffen eine Anzahl Bewohner Breslaus und der Provinz, welche zum großen Theile dem Stande der Gelehrten, Beamten, Rittergutsbesitzer und Kaufleute angehören, Protest einzulegen, und den König zu veranlassen, daß er auf jeden Fall den vereinigten Landtag zur Berathung des neuen Wahlgesetzes zusammenberufe. Wie bereits in der heutigen Zeitung bekannt gemacht worden, wurde die Absendung dieser Adresse auf Wunsch des Deberbürgemeister unterlassen. Demungeachtet fühlte sich der Professor Kries aus freien Stücken veranlaßt, die Adresse an den König persönlich zu befördern, zu welchem Zwecke er heute Nachmittag um 4 Uhr sich nach Berlin begab. Die Justizkommissarien Fischer und Plath nahmen hieraus Veranlassung, ihre Unterschriften zu widerrufen (s. unten). Daß übrigens diese Adresse noch Opposition finden würde, mußte erwartet werden. Die erste Erwiderung wurde heut früh, auf einem großen Bogen abgedruckt, an den Straßenecken angeschlagen; sie besteht in einem Aufsatze aus der Berliner Zeitungshalle, in dem der Verfasser, G. Julius, nachweist, wie dringend nothwendig es sei, daß das ständische Prinzip verlassen und der vereinte Landtag, auch nicht einmal zur Berathung eines neuen Wahlgesetzes, zusammenberufen werde. Zwei andere Proclamationen, die gegen Mittag an den Straßenecken ebenfalls zu lesen waren, behandeln denselben Gegenstand, und ermuntern das Volk, den von ihm erkämpften Sieg zu wahren, und auf der Forderung von Urwahlen zu bestehen. Die eine dieser Proclamationen, „dem Volke und den Deputirten“ überschrieben, enthält eine Stelle, in welcher die Bedenklichkeiten derer widerlegt werden, welche die rechtlichen Grundlagen unsers Staates für verlegt halten, sobald das neue Wahlgesetz, ohne vom vereinigten Landtage zuvor berathen zu sein, erlassen wird. Wir schalten sie hier ein: „Der zweite zur Berufung der bisherigen ständischen Versammlung angeführte Grund beruht auf rechtlichen Voraussetzungen, die aber so irrig sind, als die vorgedachten thatsächlichen. Das Volk hat sich mit der in dem Patent vom 3. Februar angeordneten Vertretung nie einverstanden erklärt, zahlreiche Petitionen auf Erweiterung beweisen dies, von Anfang an wird die Kompetenz des Landtages in Frage gestellt, ein großer Theil der Mitglieder desselben fühlte dies selbst und wollte sofort nach der Ehrenrede Berlin verlassen. Der Landtag selbst hat größere Ausdehnung der ständischen Rechte verlangt. — So gut es in der Macht der Krone lag, das Patent vom 3. Februar v. J. zu erlassen, und dem Volke das so in demselben enthaltene ärmliche Geschenk zu machen, ebensowohl mag dieselbe heut aus vollen Händen geben, wo sie zu verweigern ohnedies nicht mehr im Stande ist, volksthümliche und wahre Theilnahme des Volkes an der Regierung. Der Landtag hat kein Recht erworben, die Zugeständnisse, die der Nation gewährt werden sollen, zu verneinen oder einzuschränken. — Wir vertrauen auf die Ehrenhaftigkeit der Deputirten, sie werden wohl fühlend, daß sie weder den Beruf zur Vertretung der Nation haben, noch deren Vertrauen besitzen, ihr Mandat niederlegen und freiwillig Raum geben den Männern, die in Urwahlen vom ganzen Volke dazu erkoren und dessen Wünschen Wort und Gestalt zu geben berufen sein werden.“ — Außerdem hat noch denselben Gegenstand ein heute zum ersten Mal erschienenes periodisches Blatt: „das Blatt des Volkes“ von H. M. Auerbach, behandelt, und ebenfalls das Volk aufgefordert, daß es auf der, von seinen Deputirten gestellten Forderung verharre. — Das Institut der Konstablen ist bereits von unserm Magistrat eingerichtet; die zu diesem Amte erwählten Bürger leisteten gestern den Amtseid ab, und erhielten als Auszeichnung einen weißen Amtsbüschel. Der Fischlermeister Wochta ist zum nächsten Vorgesetzten der Konstablen ernannt worden. — Der Sicherheitsausschuß hat sich bereits gestern aufgelöst.

Theater.

Wenn die Völker die lange eingezwängten Glieder schütteln, wenn sie endlich mächtig sich erheben, ihrer Kraft und ihres Willens sich bewußt, wenn unerschrocken die Last und sie getrosten Muthes die mit ihnen gebornen Rechte fordern, wenn in ebem Jorn sie entbrennen und gezwungen mit scharfem Stahl die blutigen Seiten der Weltgeschichte schreiben müssen; — dann steht beschiden von ferne mit bebenden Gliedern und flammenden Augen die Kunst, die Tochter des Friedens und der Eintracht; gespannter Blick folgt sie den Helden, prägt jede große That ihrem Herzen ein. Und kommt ein süßer Augenblick der Ruhe, ist nur ein Etwas gewonnen, nur ein Etwas errungen; dann tritt sie hervor, freudestrahelnd winkend sie Lorbeeren, freudejauchend singt sie Hymnen und führt Gebilde aus alter Zeit herauf, woran die Herzen sich erwärmen, der Muth erstarken muß.

Der gestrige Abend sah im Theater eine seltene, sehr seltene Feyer. In den vorhergegangenen, ewig denkwürdigen Tagen waren die Hallen der Kunst verödet. Wer mochte sich Phantasien hingeben? Wer (Fortsetzung in der zweiten Beilage.)